

# Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

bei der Partei DIE LINKE

---

Nummer 3/14. Jhg.

Mitteilungsblatt

Juli 2008

---

Zu diesem Heft:

Dieses Heft dokumentiert die Vorträge und weitere Beiträge des Kolloquiums "Walter Ulbricht in seiner Zeit", das am 14. Juni 2008 in Berlin stattfand. Es stellte die Persönlichkeit Walter Ulbrichts in die gesellschaftlichen Widersprüche und Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts, insbesondere der Entwicklung Deutschlands nach 1945, betrachtete sein Denken und Handeln im Rahmen dieser konkret-historischen Bedingungen und Erfordernisse, seine Bemühungen, auf diese verändernd einzuwirken, und deren objektive und subjektive Grenzen.

Schwerpunkte waren zum einen sein Ringen um die Einheit Deutschlands unter progressiven, antiimperialistischen Vorzeichen - bei unterschiedlichen Situationen und Möglichkeiten; zum anderen sein herausragender Beitrag zur Theorie und Praxis der sozialistischen Umgestaltung der DDR. Dabei fand sein Bemühen um eine Verbreiterung und Festigung der Massenbasis sozialistischer Politik und ein sowohl der internationalen Entwicklung als auch der DDR-Spezifika entsprechendes Wirtschafts- und Gesellschaftskonzept besondere Beachtung.

Deutlich wurde sowohl das Ringen Ulbrichts um realistische, vorwärtsführende Einschätzungen und Lösungen - gegen dogmatische und stagnative Positionen, als auch die subjektiven Grenzen und objektiven - auch international - hemmenden Faktoren dieses Ringens. Wertvoll waren die in die Diskussion eingebrachten persönlichen Erinnerungen und Erfahrungen seinerzeitiger politischer Akteure. Das Kolloquium vermittelte viele Anregungen für die Debatten des kommenden Jahres.

Diese Nummer enthält ferner die Einladungen zur Konferenz "Die deutsche Novemberrevolution 1918/19 und ihre Wirkungen" am 6. September 2008 (S. 36) sowie zum Kolloquium "Die DDR, die BRD

und der Kampf gegen den Antisemitismus" am 1. November 2008 (S. 35). Beide Veranstaltungen werden den engen Zusammenhang der historischen Problematik und der aktuellen Fragen des Kampfes um Demokratie, Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt widerspiegeln.

Schließlich drucken wir in diesem Heft eine kürzlich abgegebene Stellungnahme des Berliner Alternativen Geschichtsforums zum neuen Gedenkstätten-Konzept der Bundesregierung (S. 32) ab. Sie ist einem politisch sehr bedeutungsvollen Gegenstand gewidmet und findet unsere Zustimmung.

Heinz Karl

## *Inhaltsverzeichnis*

Editorial	S. 1
Prof. Dr. Eckhard Trümpler	
Gedanken zu Walter Ulbricht	S. 3
Dr. Norbert Podewin	
Walter Ulbrichts späte Reformen und ihre Gegner	S. 15
Prof. Dr. Siegfried Prokop	
Walter Ulbrichts Wirken in den 50er Jahren	S. 20
Prof. Dr. Gerhard Fischer	
Walter Ulbricht und die Blockpolitik	S. 25
Dr. Hans Reichelt	
Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft und Walter Ulbricht	S. 26
Prof. Dr. Günter Wirth	
Walter Ulbricht, die christlichen Bürgerinnen und Bürger und die Kirchen	S. 29
Berliner Alternatives Geschichtsforum zum neuen Gedenkstätten- Konzept der Bundesregierung	S. 32
Einladung zum Kolloquium "Die DDR, die BRD und der Kampf gegen den Antisemitismus" am 1. November 2008	S. 35
Einladung zur Konferenz "Die deutsche Novemberrevolution 1918/19	

---

Impressum: Die Geschichtskorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos zur Verfügung gestellt - in der Regel über Internet bzw. E-Mail.

Internet: [www.die-linke.de/marxistischer\\_arbeitskreis](http://www.die-linke.de/marxistischer_arbeitskreis)  
E-Mail: [marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de](mailto:marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de)

Interessenten ohne Internet-Zugang sowie Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen wenden sich an die Redaktion (siehe unten). Die Geschichtskorrespondenz ist nicht im Buchhandel erhältlich.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)  
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-9355139

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Oktober 2008.

Prof. Dr. Eckhard Trümpler

## Gedanken zu Walter Ulbricht

Natürlich drängt sich zuerst die Frage auf, warum man sich nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Weltsystems, dem Scheitern des Sozialismus in der UdSSR und Europa mit dem Wirken Walter Ulbrichts für Frieden und Sozialismus beschäftigen soll, was uns dies heute bringt. Es geht mir nicht nur um Erinnerungskultur, darum, Vieles wieder in Erinnerung zu rufen und den zahlreichen Entstellungen zu begegnen. Ich meine, die jetzige und künftige Generationen können sich mit vielen Erfahrungen bekannt machen, die von grundsätzlicher Bedeutung sind und – natürlich in modifizierter Form angewendet – von Nutzen sein werden.

Beim Thema "Walter Ulbricht in seiner Zeit" kann es in der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit und angesichts der Erfahrungen und des Wissens der Anwesenden nicht darum gehen, den Anteil Walter Ulbrichts an der Entwicklung der KPD, der SED und der DDR in Ausführlichkeit nachzuzeichnen. Darüber ist schon sehr viel gesagt und geschrieben worden – vor und auch nach der Niederlage von 1989/90.<sup>1</sup> Und ich werde auch keine Darstellung der Ursachen des Untergangs der DDR geben. Diese Thematik wird im kommenden Jahr breiten Raum einnehmen. Ich stelle mir vielmehr erneut die Frage: Woran misst man eine politische Persönlichkeit, im besonderen einen Parteiführer und Staatsmann?

Dazu, meine ich, sind folgende Fragen zu beantworten: In welchem Maße hat der betreffende Politiker verändernd auf den Gang der Geschichte eingewirkt – und zwar diesen fördernd, beschleunigend – oder aber auch hemmend, destruktiv? Wie sehr hat er dem gesellschaftlichen Fortschritt – dem Frieden, sozialer Gerechtigkeit und günstigen Bedingungen für die Entwicklung der Menschen – zum Vorankommen verholfen – oder ihn behindert?

Das verlangt Antwort darauf, wie sehr er in *seiner* Zeit, unter den *damals* gegebenen Bedingungen *neue* Tendenzen und *neue* Anforderungen erkannte, ob und wie er diesen entsprochen und vorgeholfen hat, ihnen gerecht geworden ist. Das heißt, was hat er an *Neuem* in die gesellschaftliche Entwicklung *seiner* Zeit eingebracht, und vor allem: Wie hat er Praxis und Theorie der Fortschrittskräfte bereichert, weiterentwickelt, wie sehr war er dem Humanismus Schrittmacher?

Dazu muss auch gefragt werden, wie die individuellen Eigenschaften, wie Charakterzüge der jeweiligen Persönlichkeit prägend auf ihr Umfeld, auf die gesellschaftlichen Prozesse gewirkt, diese gefördert oder gehemmt haben – ein Umstand, dem wir meines Erachtens in der Vergangenheit zu wenig Beachtung geschenkt haben.

Und schließlich sollte bei der Beurteilung dieser oder jener seiner Positionen und Handlungen auch darüber nachgedacht werden: Warum hat er so – und nicht anders – entschieden? Was waren seine Beweggründe?

Nun zu Ulbricht: Wer war Walter Ulbricht, über den Frank Schumann feststellt, dass es vermutlich in der deutschen Geschichte keine zweite Persönlichkeit gibt, deren Bild so verzeichnet ist wie das von Ulbricht<sup>3</sup>, der zu den erfolgreichsten und zugleich am meisten gehassten deutschen Politikern des vergangenen Jahrhunderts zählt.

Geboren wird er am 30. Juni 1893 – also vor fast 115 Jahren – als Sohn einer Schneiderfamilie und sozialdemokratischen Funktionärs in Leipzig. Er erlernt den Beruf eines Möbeltischlers, schließt sich 1908 der Sozialistischen Arbeiterjugend an, wird 1912 Mitglied der SPD, wirkt im ersten Weltkrieg als Antimilitarist im kaiserlichen Heer, bewährt sich in der Novemberrevolution 1918/19 und seitdem als Kommunist, ist bereits seit 1921 Berufsrevolutionär. Er arbeitet in hohen Funktionen in der KPD sowie im EKKI insbesondere auf organisationspolitischem Gebiet und von Juni 1929 bis November 1932 als Politischer Leiter der Bezirksorganisation Berlin – Brandenburg – Lausitz– Grenzmark. Führend ist er im antifaschistischen Kampf tätig. Die stalinistischen Repressalien in der UdSSR in den dreißiger Jahren übersteht er im Wesentlichen unbeschadet. Er gehört dem

engsten Führungskreis der KPD an. Während des zweiten Weltkrieges Mitbegründer des Nationalkomitees "Freies Deutschland" 1943 und Einsatz an der Seite der Roten Armee.

1945 Leiter der in Berlin tätigen ersten Initiativgruppe der KPD zur Schaffung antifaschistisch-demokratischer Organe und zur Normalisierung des Lebens, eine der treibenden Persönlichkeiten bei der Vereinigung von KPD und SPD zur SED und bei deren Entwicklung zur marxistisch-leninistischen Partei nach dem Beispiel der KPdSU. Von 1946 bis 1950 einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Parteivorstandes der SED, seit 1950 Generalsekretär, seit 1953 Erster Sekretär des ZK der SED, außerdem von 1949 bis 1955 einer der Stellvertreter, von 1955 bis 1960 Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR. Maßgeblich unter seiner Leitung werden die Grundlagen der neuen Wirtschafts-, Staats- und Rechtsordnung in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR geschaffen. Er betreibt in entscheidendem Maße die Gründung der DDR und ist Initiator des Übergangs zum Aufbau des Sozialismus. Aus der Krise der SED und der DDR 1953 und innerparteilichen Auseinandersetzungen mit seinen Widersachern in den fünfziger Jahren geht er gestärkt hervor.

Mindestens seit Beginn der fünfziger Jahre, also viele Jahre vor dem Tod Wilhelm Piecks 1960 und Otto Grotewohls 1964 ist er zum mächtigsten Mann in Partei und Staat aufgestiegen. Um den Frieden zu sichern und der Ausblutung der DDR Einhalt zu gebieten, betreibt er, seit 1960 Vorsitzender des Staatsrates der DDR, den zuverlässigen Schutz der Grenzen der DDR zu Westberlin und zur BRD. Er arbeitet weiterführende Vorstellungen aus über die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft in einem industriell entwickelten, gespaltenen und mit einem starken imperialistischen Gegner unmittelbar konfrontierten Land. Das findet seinen Ausdruck in der Konzipierung des neuen ökonomischen Systems des Sozialismus und in der Bestimmung der sich daraus ergebenden weitreichenden Konsequenzen. Ständig lernend und Probleme zeitig erkennend initiiert er viele Reformen, um den Sozialismus effektiv zu gestalten. Die von ihm in Angriff genommenen tiefgreifenden Reformen verleihen dem Sozialismus in der DDR spezifische Züge, die zugleich die internationalen Erfahrungen bedeutend bereichern. Auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens wirkt er vorwärtsdrängend – als Ökonom, Staatswissenschaftler, Städteplaner und Architekt, als Historiker sowie als Freund und Förderer von Wissenschaft und Technik, Literatur, Kunst und Sport. Unter seiner Leitung wird der Entwurf der sozialistischen Verfassung der DDR ausgearbeitet, dem nach breiter öffentlicher Diskussion die Bevölkerung in einem Volksentscheid am 6. April 1968 mit der eindrucksvollen Mehrheit von 94,49 Prozent aller Abstimmungsberechtigten zustimmt. Er setzt sich ein für ein einheitliches, friedliebendes und demokratisches Deutschland und – nach dem Scheitern dieser Hoffnung – für gleichberechtigte Beziehungen zwischen DDR und BRD. Er wirkt für Frieden, Sicherheit und antiimperialistische Solidarität, für die Festigung der sozialistischen Gemeinschaft und die Stärkung der Aktionseinheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung.

Am 3. Mai 1971, noch vor dem VIII. Parteitag, gibt er seine Funktion des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees ab. Bis zu seinem Tod am 1. August 1973 und weit darüber hinaus wird er von vielen Freunden des Friedens und des Sozialismus diesseits und jenseits der Grenzen geachtet, von den Mitstreitern respektiert und verehrt, von den Gegnern des Sozialismus – wie kann es auch anders sein – verhöhnt, geschmäht und verleumdet, von manchen aber auch ob seiner Leistung bewundert.

Mit meinen Ausführungen will ich nicht nur an Walter Ulbricht erinnern, sondern auch zu einer weiter differenzierten, ausgewogenen Wertung seines Lebenswerkes beitragen. Beides ist mir gerade in unserer Zeit, in der antikommunistische Verleumdungen unvermindert gestreut werden, unerlässlich.

Am Wirken Walter Ulbrichts ist gut zu erkennen, wie er die Wechselwirkung zwischen objektiven Entwicklungen und Erfordernissen einerseits und vorantreibender Funktion des subjektiven Faktors andererseits unter sich unaufhörlich wandelnden Bedingungen immer wieder im Sinne der zielgerichteten Einwirkung auf die gesellschaftliche Entwicklung verstand und realisierte. In seinem Handeln wird deutlich, wie er danach strebte, dem Hinweis W. I. Lenins zu entsprechen, wonach der

Marxismus sich von allen anderen sozialistischen Theorien unterscheidet durch "eine hervorragende Vereinigung von absoluter wissenschaftlicher Nüchternheit in der Analyse der objektiven Sachlage und des objektiven Entwicklungsgangs mit der entschiedensten Anerkennung der Bedeutung der revolutionären Energie, der revolutionären Schaffenskraft, der revolutionären Initiative der Massen und natürlich auch der einzelnen Personen, Gruppen, Organisationen und Parteien". Das entsprach Ulbrichts Grundüberzeugung, dass objektive Voraussetzungen für sich allein natürlich noch keine revolutionäre Umgestaltung ermöglichen, dass, wie Lenin schrieb, "die *einzig wirkliche* Kraft, die Änderungen erzwingt ..., eben nur die revolutionäre Energie der Massen (ist), die ... zur allseitigen revolutionären Propaganda, Agitation und Organisation seitens der Parteien führt, die an der Spitze der Revolution marschieren ..."

Ein Grundzug Walter Ulbrichts war die Erwartung und Hoffnung auf die Hindernisse überwindende Energie und schöpferische Kraft der Menschen, der Partei und der von ihr geführten Massen. Diese Einstellung lag seinen Erfolgen zugrunde, diese darin gesetzten Erwartungen waren aber auch nicht selten Ausdruck voluntaristischer Auffassungen und bewirkten Irrtümer und Fehlschläge. Zeitweilig ließ er schließlich auch Erscheinungen des Kults um seine Person zu.

Einige seiner Charakterzüge werden bereits 1946 registriert. So urteilte Sergej Tulpanow: Ulbricht "ist genauer als jeder andere in seinen Formulierungen, er versteht mehr als die anderen, ist aber unbeliebt, gerade wegen seiner Heftigkeit".<sup>4</sup> Und in einer Einschätzung durch die Abteilung Außenpolitik des Zentralkomitees der KPdSU vom Dezember 1946 heißt es über ihn unter anderem: "Führender Funktionär der SED. Leitet faktisch die gesamte organisatorische und administrative Arbeit des Apparates des Zentralsekretariats der SED. Hält die Verbindung mit den sowjetischen Besatzungsorganen aufrecht. Fähiger Organisator, kann sich in komplizierten politischen Fragen orientieren und diese einer Lösung zuführen."<sup>5</sup> Dann wird festgestellt, dass er "in der Vergangenheit eine Reihe von politischen Fehlern" gemacht habe: "Gehörte 1927 - 1928 zur Versöhnlergruppe, trat 1930 im sektiererischen Sinne zur Gewerkschaftsfrage auf, ließ später bei der Auswahl und dem Einsatz von Kadern Fehler zu, die an Vernachlässigung der politischen Wachsamkeit grenzen", Vorwürfe, über deren Berechtigung meiner Auffassung nach zu diskutieren wäre. Schließlich heißt es in der Beurteilung: "Die Führung der KPD und der Komintern kritisieren ihn für seine administrativ-bürokratischen Leitungsmethoden und für die Äußerungen von Elementen der Ehrsucht und der Dickköpfigkeit." Wenngleich dem Wesen der Sache nach manches hiervon wohl zutrifft, so muss doch auch beachtet werden, dass mit diesen negativen Begriffen zugleich die Grenzen zu straffer Organisation, Disziplin und Ordnung verwischt werden.

Walter Ulbricht gab sich nie mit Bestehendem und Erreichtem zufrieden, stets blickte er voraus, stellte neue Aufgaben und mobilisierte zu ihrer Bewältigung. Er spürte das Neue auf, drängte und trieb unablässig voran - so stark und ausgeprägt, wie wohl kein anderer.

Als ein Produkt seiner Zeit kann Ulbricht nur begriffen werden aus den Bedingungen, Ideen und Methoden, aus den ethischen Prämissen, dem Verständnis von "Parteimoral", wie sie seit den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in der kommunistischen Bewegung herrschten. Diese wirkten auf ihn ein, wurden von ihm praktiziert und prägten sein Leben. Sein straffer, strenge Disziplin verlangender und entscheidungsfreudiger Arbeitsstil war nicht frei von bürokratisch-administrativen Zügen sowie von Vernachlässigung kollektiver Beratung.

Viele Jahre in Moskau in hohen Funktionen der KPD und der Komintern tätig, war er in starkem Maße unmittelbar mit ungerechtfertigten Beschuldigungen und unbarmherzigen Verfolgungen konfrontiert, die von J. W. Stalin und seinen Gefolgsleuten mittels des NKWD und der Duldung und Mithilfe von Funktionären in der Führung der KI betrieben wurden, die sehr schlimme Auswirkungen vor allem auch auf die Kader der Komintern hatten und die unserer Bewegung unermesslichen, bis heute wirkenden Schaden zugefügt haben und uns weiter belasten.

In jener schweren, jeden Kommunisten, jeden Antifaschisten extrem bedrückenden Zeit, in der es nicht nur immerfort Überprüfungen, gegenseitiges Misstrauen und viele Parteiverfahren gab, sondern auch zahlreiche ungerechtfertigte Verurteilungen, viel Not und Verzweiflung, war Ulbricht wie andere Mitglieder der KPD-Führung bemüht, die Menschen gerecht zu beurteilen, suchte er die sehr eingeschränkten Möglichkeiten zu nutzen, um Unrecht abzuwenden, Belastungen und Härten zu lindern, was in der Regel auch mit Risiken für die eigene Person verbunden war und nur selten gelang.

Seine bitteren Erfahrungen – erwähnt sei nur, dass auch er in Moskau Überprüfungen und Parteiverfahren überstehen musste sowie mit dem Verrat Herbert Wehners und anderer konfrontiert war – prägten ihn. Sie begünstigten sicherlich, dass bei ihm auch in der folgenden Zeit notwendige Wachsamkeit und die Härte der politischen Auseinandersetzungen zu manch überspitzter Entscheidung führte. Auch diese Erfahrungen und Bedingungen erklären schließlich unangemessen harte Maßnahmen sowie Verletzungen der Gesetze durch Partei- und Staatsorgane vor allem in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre.

Walter Ulbrichts Auftreten wirkte hart und autoritär, und er war dies auch. Nicht wenige hatten von ihm zuerst oft den Eindruck, dass er unnahbar und verschlossen sei. Doch meist trog dieser Eindruck. Ulbricht konnte nicht nur geduldig zuhören, er suchte die Diskussion, strebte nach Gedankenaustausch, wollte die Meinungen anderer kennen lernen. Immer nach vorn blickend, wandte er sich aber zugleich gegen "Fehlerdiskussionen", die seiner Meinung nach nur nach rückwärts gerichtete, daher unnütze und schädliche Dispute seien, die dem Gegner noch zusätzlich Stoff für seine Hetze liefern würden. In diesem Zusammenhang sei hier angemerkt, dass zum Beispiel ein solch einschneidendes Ereignis wie der 17. Juni 1953 in der Folgezeit nicht nur unter Ulbricht, sondern auch unter seinem Nachfolger in der propagandistischen Arbeit der Partei kaum eine Rolle spielte und Forschungen zu diesem Thema lange nicht in Angriff genommen wurden. Zugleich muss aber auch betont werden, dass Ulbricht oft in aller Öffentlichkeit Missstände nannte und er die breite konstruktive Diskussion von Problemen anregte – was von seinem Nachfolger nicht nur nicht fortgesetzt, sondern durch einseitige, übertriebene Erfolgspropaganda, durch Schönfärberei ersetzt wurde. Er war es auch, der die Geschichtswissenschaft förderte und vorantrieb. Ihm ist es entscheidend zu danken, dass mit der "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden" (1966) und dem "Biographischen Lexikon zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" (1970) gegen manchen Widerstand auch begonnen werden konnte, komplizierte Probleme und "weiße Flecken" in der Entwicklung unserer Bewegung zu bearbeiten.

Für Ulbricht, den immerzu Mahnenden, Fordernden, Vorwärtsstrebenden waren Hindernisse da, um überwunden zu werden. Das war nicht bequem, nicht einfach. Weder für ihn, dem Inaktivität, Disziplinlosigkeit und Schlendrian zuwider waren und der selbst in seiner karg bemessenen Freizeit kaum "abzuschalten" vermochte, noch für seine Mitstreiter. Stets trieben ihn die zu bewältigenden Aufgaben an, prüfte er, wie seine Vorstellungen realisiert wurden. Diese seine Grundhaltung war eine hohe Anforderung auch an diejenigen, die mit ihm zusammenarbeiteten. Von ihnen verlangte er – ein gründlicher und kritischer Analytiker und erfahrener Fachmann auf dem Gebiet der politischen Organisation – strikte Erfüllung der Aufträge und Beschlüsse, ja, selbstlose Hingabe an die Sache. Er war konsequent und streng.

Welche spezifischen Eigenschaften lagen seinen Erfolgen zugrunde? Walter Ulbricht war seit seiner Jugend wissbegierig, strebsam und fleißig. So erwarb er – der Achtklassenschüler – neben einer umfassenden Allgemeinbildung profunde Kenntnis des dialektischen und historischen Materialismus, der Ideen von Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin sowie der Erfahrungen anderer Führer der internationalen revolutionären Bewegung. Dieses Wissen schloss seine Fähigkeit ein, die allgemeinen Grundsätze, vor allem über die Revolution, den sozialistischen Staat und die Partei neuen Typus, auf die Bedingungen in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR anzuwenden und dabei taktisch sehr beweglich zu sein. Schneller und besser als andere verstand er es, Veränderungen in der Politik der KPdSU und der Komintern aufzugreifen und konsequent durchzusetzen, und erwies er sich so als zuverlässiger Verbündeter. Angesichts der Erfolge seiner Politik und



gewachsener Erfahrung und Reife gewann er an Selbstbewusstsein und verfocht er – wengleich im Rahmen gemeinsamer Zielstellungen – vor allem nach 1945 zunehmend auch eigene Positionen.

Zu dieser ersten Ursache seiner Erfolge kommt als zweite hinzu, dass er einmal Erkanntes und Beschlossenes mit größter Entschiedenheit und Rigorosität gegen jeglichen Widerstand durchzusetzen vermochte und sich dabei als ein Meister der Organisation, der Taktik und der Disziplinierung erwies. Die von ihm in jungen Jahren als richtig erkannten Ziele – Kampf gegen Imperialismus und Faschismus, Stärkung der Partei, einheitliches Handeln aller Fortschrittskräfte, Streben nach einem friedliebenden demokratischen und sozialistischen Deutschland, festes Bündnis mit der KPdSU und der Sowjetunion, Einheit von Patriotismus und Internationalismus, später Aufbau und Ausgestaltung des Sozialismus, Entwicklung des neuen, sozialistischen Menschen – sie wurden von ihm unbeirrt verfochten.

Walter Ulbricht besaß zumeist ein ausgeprägtes Gespür einzuschätzen, wann welche Entscheidung herangereift war und es nun galt, dafür zielstrebig, konsequent und energisch zu handeln. Hierfür gibt es nicht wenige Beispiele, so die Auseinandersetzung innerhalb der Führung der KPD um Schlussfolgerungen aus der Niederlage 1933, die Festlegung der Abläufe bei der Vereinigung von KPD und SPD 1945/46, die Bestimmung der Zeitpunkte für den Übergang zur mittel- und langfristigen Wirtschaftsplanung 1948 bzw. 1950, die aktive Mitwirkung an der deutschlandpolitischen Strategie Moskaus 1951/1952, wie sie vor allem in der Note der Sowjetregierung vom 10. März 1952 zum Ausdruck kommt, das rasche Aufgreifen und Umsetzen der Empfehlungen und Vorschläge J. W. Stalins und anderer sowjetischer Vertreter von Anfang April 1952 in Vorbereitung der 2. Parteikonferenz Mitte Juli 1952 zur Verkündung des Übergangs zum Aufbau des Sozialismus, der mit Rigorosität und taktischer Beweglichkeit sowie dank glücklicher Umstände beschrittene Weg aus der Krise Mitte 1953 und die Entfernung seiner Kritiker und Gegner aus der Führung, das Erkennen des notwendigen Strebens nach einer neuen Stufe der Verbindung von Produktion und Wissenschaft seit Ende der fünfziger Jahre, die Entwicklung spezifischer Formen von Bündnisbeziehungen zu den Bauern und zu den verschiedenen gesellschaftlichen Schichten auf politischem und ökonomischem Gebiet, die Herbeiführung der Entscheidung für die Kontrolle und Sicherung der Grenzen der DDR zu Westberlin und zur BRD, die Ausarbeitung eines neuen ökonomischen Systems des Sozialismus seit Beginn der sechziger Jahre, die Erkenntnisse über die längerfristigen Entwicklungen des Sozialismus sowie der nationalen Frage seit Mitte der sechziger Jahre.

Schaut man auf Ulbrichts Leben, so beeindruckt auch, dass er willens und imstande war, sich von falschen Standpunkten zu lösen und überholte Auffassungen zu überwinden. Diese Fähigkeit, sich selbst kritisch zu prüfen, aus Irrtümern und Fehlern mit Blick nach vorn Schlussfolgerungen zu ziehen und entschlossen zu handeln, macht zum Beispiel sein Verhalten in der Wittorf-Affäre 1928 deutlich:

Im September 1928 hatten Mitglieder der rechtsoportunistischen Fraktion innerhalb der KPD versucht, die Führung der Partei an sich zu reißen. Sie nahmen eine vom damaligen Sekretär des Bezirks Wasserkante begangene Unterschlagung von Parteigeldern zum Anlass, Ernst Thälmann zu unterstellen, er habe diese vertuschen wollen. Obwohl diese Beschuldigung widerlegt wurde, gelang es den Versöhnlern auf einer Tagung des Zentralkomitees am 26. September bei Abwesenheit einiger leitender Funktionäre, die Mehrheit der Anwesenden durch Geschrei über angebliche Korruption irrezuführen und die Veröffentlichung eines Kommuniqués über die Vorgänge durchzusetzen, wonach bis zur "Erledigung" der Angelegenheit die Funktionen Thälmanns ruhen sollten. Es wurde entsprechend seinem Wunsch entschieden, diese Angelegenheit der Exekutive

zu überweisen. Die Rechten und die Versöhnler hofften, mit dieser Intrige ein Verbleiben Ernst Thälmanns in der Funktion des Parteivorsitzenden unmöglich zu machen. In der Partei, im RFB und anderen Arbeiterorganisationen stieß diese faktisch durch Überrumpelung zustande gekommene Entscheidung auf entschiedene Ablehnung. Walter Ulbricht, der auch von Moskau aus dem Beschluss ursprünglich zugestimmt hatte, korrigierte sich sofort, nachdem er erfuhr, dass die deutsche Sektion beim EKKI diesem nicht zustimmen würde. Ulbricht und Fritz Heckert, dieser hielt sich ebenfalls in Moskau auf, gehörten zu den ersten, die – am 30. September – den Beschluss für falsch erklärten und sich von ihm distanzieren. Bis zum 5. Oktober zog die Mehrheit der Mitglieder des Zentralkomitees ihre Zustimmung zum Beschluss zurück. Am 6. Oktober sprach das Präsidium des EKKI Ernst Thälmann sein volles Vertrauen aus. Walter Ulbricht wurde mit der Funktion des Vertreters der KPD beim EKKI beauftragt. Am 19. Dezember bestätigte ihn das Präsidium des EKKI als Mitglied seines Politischen Sekretariats.

Man kann davon ausgehen, dass für Ulbricht diese ganze Angelegenheit – von seiner zuerst falschen Entscheidung, faktisch durch Überrumpelung des Zentralkomitees durch die Rechten und Versöhnler zustande gekommen, über deren rasche Korrektur bis zur Mitwirkung an der "Nachbereitung" dieser Affäre – eine in vielerlei Hinsicht auch für die fernere Zukunft prägende Erfahrung war.

Ein zweites, anders geartetes Beispiel: Nach der Errichtung der hitlerfaschistischen Diktatur war es unerlässlich, die neue Lage realistisch einzuschätzen, galt es zu erkennen, dass die deutsche Arbeiterbewegung eine Niederlage erlitten hatte. Das erwies sich – wie vor allem einige fehlerhafte, völlig wirklichkeitsfremde Wertungen und Entscheidungen des XIII. EKKI-Plenums von Dezember 1933 belegen – als sehr schwierig. In der Komintern entwickelte sich nach dem Plenum, angeregt vor allem durch Georgi Dimitroff, die Diskussion über notwendige Veränderungen der Strategie und Taktik der kommunistischen Bewegung. Mitglieder des Zentralkomitees der KPD und seines Politbüros waren dagegen, die bislang verfochtene Politik kritisch zu überprüfen und sie entsprechend den grundlegend veränderten Bedingungen weiterzuentwickeln. Es waren Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, die in der Führung der KPD als erste die fehlerhaften Beurteilungen des Kräfteverhältnisses seit 1933 sowie die sektiererischen und dogmatischen Auffassungen hinsichtlich der Einschätzung der Sozialdemokratie, der Gewerkschaftsfrage und der Arbeit unter den Massen beim Namen nannten und neue, vorwärtsweisende Lösungen entwickelten. Dazu mussten sie sich – im Politbüro monatelang in der Minderheit – hart und erbittert vor allem mit Hermann Schubert und Fritz Schulte, die zunächst starken Einfluss hatten, auseinandersetzen.

Es war eine große Leistung Walter Ulbrichts, dass er gemeinsam mit Wilhelm Pieck und dabei unterstützt vor allem durch Georgi Dimitroff, die politische Linie der Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten, der Verbindung der Tagesaufgaben mit den Grundlagen des antifaschistischen Kampfes, der Bildung einheitlicher, freier Gewerkschaften und der Herstellung eines neuen Verhältnisses zur Sozialdemokratie ausarbeitete und zu verwirklichen suchte. So wurden Pieck und Ulbricht in der KPD zu den entscheidenden Verfechtern der auf dem Weg zum VII. Weltkongress der Komintern entwickelten und von diesem beschlossenen Politik der Einheits- und der Volksfront gegen imperialistischen Krieg und Faschismus.

Diese Beispiele zeigen, dass Walter Ulbricht aus Irrtümern, Fehlern und Niederlagen rasch lernte. Er vermochte sich entschlossen auf veränderte Bedingungen einzustellen.

Unversöhnlichkeit im Kampf gegen den Klassenfeind und Konsequenz im Ringen um die Stärkung des Sozialismus verband er mit beweglicher Taktik, Prinzipienfestigkeit mit Flexibilität bei der Umsetzung. Er erwies sich, wie Alexander Abusch schrieb, als "ein Revolutionär mit klarem Sinn für Tatsachen, ein sorgfältig abwägender Stratege und Taktiker".<sup>6</sup> Schon in den dreißiger Jahren, so Abusch, praktizierte Ulbricht eine "sachlich analysierende, die Kräfte des Klassenfeindes sorgfältig abschätzende, immer auf das Schöpferturn der Volksmassen orientierte und die Partei in die Offensive führende

Arbeitsmethode". Und er "setzte sich persönlich dort ein, wo es am schwierigsten, wo das Hauptproblem des Augenblicks zu lösen war, ... scheute dabei auch nicht die Gefahr für seine eigene Person."

Aus jahrelanger Zusammenarbeit erinnerte sich Gerhard Schürer: "Ulbricht förderte den Meinungsstreit, hasste die Schönrederei und konnte auch vertragen, wenn Kontrahenten nicht so schnell zustimmen waren. Wenn der Beschluss jedoch gefasst war, gab es kein Pardon, dann musste er durchgeführt werden und wehe dem, der ausscherte."<sup>7</sup>

Aus Zusammentreffen mit Walter Ulbricht in den fünfziger und sechziger Jahren prägten sich Manfred von Ardenne folgende Eindrücke ein: "seine Gabe, das Wesentliche sofort zu erkennen, seine für Persönlichkeiten seines Ranges seltene Eigenschaft, das eigene Urteil fremden Beurteilungen unterzuordnen, wenn letztere gut begründet sind, und schließlich die Schnelligkeit seiner Entscheidungen".<sup>8</sup>

In diesem Zusammenhang sei auch darauf verwiesen, dass, wie Gerhard Schürer vermerkte, Walter Ulbricht "das Verdienst zu(kommt), als erster der Parteiführung ... rechtzeitig erkannt zu haben, dass im Politbüro nicht nur Berufsrevolutionäre sitzen dürfen, sondern dass es in seiner ... Zusammensetzung durch parteitreue Spezialisten ergänzt werden muss". Er holte damals relativ junge Fachleute in das Politbüro und in die Abteilungen des Zentralkomitees und lud zu Plenartagungen des ZK hervorragende Wissenschaftler und erfahrene Praktiker ein.

Maxim Vallentin hob an Walter Ulbricht hervor "sein konzentriertes Zuhören ..., dann seine Kunst des Fragenstellens und seine sichere Ordnungsbegabung, die Wesentliches vom Unbedeutenden sondert, um den Weg frei zu machen für die Attacke auf das entscheidende Problem. In dieser Attacke ist immer die Stoßkraft seines klugen Mutes, der vor keiner noch so drohenden Schwierigkeit zurückschreckt, das Atemberaubende und Befreiende."

Wenn notwendig sich rasch korrigierend war Walter Ulbricht zumeist auf der Höhe der Zeit, allerdings ihr manchmal zu weit vorseilend. Er hatte, wie schon erwähnt, natürlich nicht nur Stärken, sondern wie jeder Mensch Schwächen, auch er hatte seine Ecken und Kanten. Aufschluss darüber gibt seine Frau Lotte, die 1966 gegenüber Dr. Arno Linke (von 1964 bis 1971 Leibarzt Walter Ulbrichts) äußerte - wie dieser berichtet - : " 'Genosse Linke', sie sah mich ernst an und sprach nachdenklich und langsam - 'ich sage Ihnen wohl nichts Neues, wenn ich Ihnen versichere, daß Sie fast der einzige sind, der mit ihm (Walter Ulbricht) fertig wird ... Mein Mann ist nun mal ein Mensch von einer enormen Charakterstärke, die bis zur Herrschsucht gehen kann ... Er ist es seit langem gewohnt zu befehlen und, daß man seinen Befehlen gehorcht. Bei einem Widerspruch kann er durchaus laut und grob werden. Sie wissen, auch ich muß mich ihm unterordnen ... Ich rate Ihnen also', fuhr sie fort, 'und es wäre gut, wenn Sie meinen Rat beherzigen würden: Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil.'" <sup>9</sup>

Diese Ausführungen bestätigen, dass Charaktereigenschaften, individuelle Stärken wie auch Schwächen für die Realisierung von Politik sowie für die Beurteilung von Personen von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind. Man kann wohl auch sagen: Sind die entsprechenden objektiven Bedingungen und die richtige politische Linie gegeben, entscheidet der Charakter.<sup>10</sup>

Nun zu einigen Beispielen des Kampfes Walter Ulbrichts gegen Imperialismus und Faschismus, einem Grundzug seines Lebens.

Unverrückbar sah er im deutschen Imperialismus den Hauptfeind des deutschen Volkes. Kennzeichnend für die von ihm geführte Auseinandersetzung war, dass er stets Fakten sprechen ließ und dass er bei seinen Analysen bemüht war, die Realitäten sachlich, nüchtern, frei von Übertreibungen zu werten. Ein Beispiel dafür ist seine Rede "Volksrevolution gegen Faschismus" vor Berliner Funktionären der KPD und von Massenorganisationen am 15. Dezember 1930. Entsprechend den damals in der KPD-Führung herrschenden Auffassungen bezeichnete zwar auch er die Maßnahmen des Trustkapitals und der Brüning-Regierung als faschistisch und sprach von der "Einspannung des sozialdemokratischen Partei- und Gewerk-

schaftsapparates und anderer Organisationen in den Dienst der faschistischen Diktatur<sup>11</sup>, davon, dass es zwischen der SPD und der die faschistische Staatsgewalt ausbauenden Brüning-Regierung in den Grundfragen weitgehende Übereinstimmung gebe.<sup>12</sup> Und als strategisches Ziel der KPD wiederholte er die Losung "Sowjetdeutschland".

Diese Einschätzungen und diese strategische Orientierung waren falsch. Die Geschichte hat uns dies gelehrt. Doch ist, wenn wir nach damals neuen, vorwärtsweisenden Erkenntnissen fragen, auf Ulbrichts Erläuterungen aufmerksam zu machen, nämlich, dass es sich bei der Brüning-Regierung noch nicht um das ausgereifte faschistische Herrschaftssystem handle, dass die 25 Diktaturgesetze erst der Anfang seien. Durch den Sturz der Brüning-Regierung gelte es zu verhindern, so Ulbricht, "daß sie auswächst zu jenem blutigen System des Terrors, der Hungerkatastrophen und des Krieges gegen die Sowjetunion wie in Polen, Jugoslawien und Italien"<sup>13</sup>. Das faschistische Herrschaftssystem zeige "entsprechend den besonderen Bedingungen des Klassenkampfes in den verschiedenen Ländern auch verschiedene Formen und Methoden der Entwicklung", es komme auf verschiedenen Wegen zur Macht, entstehe nicht plötzlich in seiner ausgereiften Form.<sup>14</sup>

Bemerkenswert ist auch, dass Ulbricht damals nicht nur als einer der ersten den Begriff der Volksrevolution gebrauchte. Bei ihm erscheint die Volksrevolution gegen den Faschismus als ein revolutionärer Prozess, in dessen Zentrum die Verhinderung der offenen faschistischen Diktatur und der Kampf gegen alle Angriffe auf die Rechte des Volkes stehe. Ulbricht verlangte, das Programm der NSDAP als arbeiterfeindlich zu entlarven, die Arbeiter von der Nazi-Partei loszulösen, was auch erfordere, "daß wir in allen Versammlungen der NSDAP" auftreten und im "Kampf um Brot, Arbeit und Freiheit die nationalsozialistische Phraseologie an Hand der eigenen Erfahrungen der Massen ... entlarven"<sup>15</sup>. Er selbst trat am 21. und 22. Januar und am 9. März 1931 als Diskussionsredner in von der Nazi-Partei in Berlin veranstalteten Versammlungen auf. Er forderte, gegen den Faschismus verschiedenartige Formen der politischen Einheitsfront zu entwickeln und dafür sozialdemokratische, parteilose, christliche und kommunistische Arbeiter zu gewinnen.

Ich erinnere schließlich daran, dass Ulbricht im Bemühen um die Einheitsfront gegen die faschistische Gefahr vor allem seit 1932 das Gespräch auch mit sozialdemokratischen Funktionären suchte. Und nach der Errichtung der hitlerfaschistischen Diktatur gehörte er mit zu den ersten, die - noch vor dem VII. Komintern-Kongress - die dann von diesem als Taktik des Trojanischen Pferdes bezeichnete Politik popagierten, das heißt, in den faschistischen Massenorganisationen tätig zu werden, in dieser antifaschistischen Arbeit zu leisten.

Wenige Wochen nach dem Sieg über die Hitlerdiktatur erschien im KPD-Verlag Neuer Weg Walter Ulbrichts Arbeit "Die Legende vom 'deutschen Sozialismus'", die erste umfassende Publikation nach Kriegsende, in der das Wesen des Hitlerfaschismus aufgedeckt und die Nazidemagogie zerschlagen wurde. Die grundlegende Konzeption für dieses Buch war im Jahre 1941 in einer Versammlung mit tausend jungen kriegsgefangenen deutschen Soldaten entstanden. In der Einleitung schrieb Walter Ulbricht 1945: "Die militärische Niederlage Deutschlands bedeutete zugleich die ideologische Niederlage des Hitlerfaschismus. Der Lügenschleier der Nazi-Propaganda wurde zerfetzt." Und er fügte hinzu: "Jedoch selbst nach der harten Lektion der militärischen Niederlage gibt es noch Deutsche, die der Meinung sind, der Nazismus habe früher noch 'manches Gute' gewollt." Solche Ansichten sind außerordentlich zählebig, sie sind in der BRD auch heute noch und erneut in aller Öffentlichkeit zu hören. Ulbricht warnte damals: "Solche Auffassungen sind eine Gefahr für die Nation. Solange sie bestehen bleiben, wirken sie als ständige Keime einer imperialistischen Kriegsideologie."<sup>16</sup>

Wie wichtig und wohl auch wirksam diese Schrift war, wird nicht zuletzt daran deutlich, dass sie bis 1946 - also in anderthalb Jahren - in zwei Auflagen mit insgesamt 300 000 Exemplaren herausgegeben wurde und 1952 und 1956 unter dem Titel "Der faschistische deutsche Imperialismus (1933 - 1945)", ergänzt durch die Thesen "Über das Wesen des Hitlerfaschismus", eine dritte und vierte Auflage mit weiteren 40 000 Exemplaren erlebte. Kennzeichnend für diese Arbeit war,

dass Ulbricht, gestützt auf viele Fakten, Konzerne, Banken und Personen nennend, nachwies, dass die deutschen Rüstungsindustriellen und Bankherren der Hitlerpartei zur Macht verholfen hatten. Belegt mit umfangreichem Zahlenmaterial zeigte er, dass die Naziführer weder sozial noch national gehandelt und dass sie Krieg und Verderben über andere Völker und nicht zuletzt über das deutsche Volk gebracht hatten.

Ein weiteres Beispiel für die Analyse des deutschen Imperialismus durch Walter Ulbricht: Bereits im Juli 1950 hatte die SED auf ihrem III. Parteitag gewarnt: "Im Bonner Separatstaat ist die Herrschaft der deutschen Finanzoligarchie wiedererrichtet worden, die heute im Auftrage des anglo-amerikanischen Finanzkapitals das deutsche Volk ausbeutet und unterdrückt ... Gleichzeitig verfolgt die deutsche Finanzoligarchie insgeheim ihre Pläne zur Wiedererrichtung eines selbständigen deutschen Imperialismus ..."<sup>17</sup>

Doch bei nicht wenigen Menschen in Ost und West wirkten Illusionen über den Charakter der Bundesrepublik, die Ziele der Adenauer-Regierung und fehlerhafte Auffassungen über das Verhältnis der in Westdeutschland herrschenden Kreise zum USA-Imperialismus fort. In weiten Kreisen wurden die Remilitarisierung Westdeutschlands und die von ihr ausgehenden Gefahren unterschätzt. Zu diesen Erscheinungen und zu inzwischen erfolgten Veränderungen nahm Walter Ulbricht in seinem Referat auf der 6. Tagung des Zentralkomitees der SED im Juni 1951 ausführlich Stellung. Er wies darauf hin, dass die USA und Großbritannien vereinbart hatten, "das deutsche Rüstungspotenzial zu entwickeln, die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse zu verhindern, dem deutschen Monopolkapital und den faschistischen Kräften größere Betätigungsmöglichkeiten zu gewähren"<sup>18</sup>. Als das Neue arbeitete Ulbricht heraus, "dass der amerikanische Imperialismus den deutschen Imperialismus zu seinem Hauptverbündeten in Europa macht", um die BRD in das "Hauptaufmarschgebiet des Atlantik-Kriegsblocks" zu verwandeln. Die herrschenden Kreise in Westdeutschland, so Ulbricht, führten ihre Politik unter der Flagge der Verteidigung "nationaler Interessen" durch, sie sprächen von "Europa-Union" und von der "Vereinigung der europäischen Staaten" und meinten in Wirklichkeit die Beherrschung der westeuropäischen Staaten durch den US- und den wiedererstandenen deutschen Imperialismus sowie die Vorbereitung der Aggression gen Osten. Das politische Hauptziel der CDU, der Partei der Remilitarisierung, bestehe darin, "dem deutschen Monopolkapital im Rahmen der Weltmachtpläne der USA eine Sonderstellung in Europa zu verschaffen", um "die führende Rolle des deutschen Imperialismus in Westeuropa" zu kämpfen.<sup>19</sup> Die CDU halte die untergeordnete Rolle des deutschen Imperialismus gegenüber den USA für eine unvermeidliche, das heißt für eine vorübergehende Etappe, um ihre eigenen, weiterreichenden Pläne zu verwirklichen. Ulbricht machte darauf aufmerksam, "daß die Führungen der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie in der Grundlinie der Politik, das heißt der Wiederaufrichtung des deutschen Imperialismus einig sind und daß lediglich taktische Unterschiede bestehen in bezug auf den Zeitpunkt, zu dem gewisse Forderungen auf weitergehende imperialistische Ziele der westdeutschen Machthaber zu erheben sind"<sup>20</sup>.

Das war eine zutreffende Voraussicht und zugleich eine wichtige Entscheidung für die Einschätzung der Klassenkräfte in der BRD und ihres Verhältnisses zueinander, insbesondere hinsichtlich der Rolle der Sozialdemokratie. Diese Analyse und diese Voraussagen konnte Ulbricht treffen auf Grund seiner reichen Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus, der profunden Kenntnis seiner Funktionsweise und dem genauen Blick auf neue ökonomische und politische Tendenzen. Die folgenden Jahrzehnte haben ihn bestätigt. Er irrte aber in der von ihm auch schon auf dem III. Parteitag im Juli 1950 geäußerten Annahme, dass diese imperialistischen Pläne zum Scheitern verurteilt seien - eine Fehleinschätzung, der nicht nur er, sondern wir alle anhängen.

Stets ging es Walter Ulbricht darum, die Bindung und Einordnung der Sozialdemokratie in das imperialistische System zu verhindern bzw. rückgängig zu machen. Alle seine Vorstellungen über Frieden, demokratische Einheit und sozialen Fortschritt in *ganz* Deutschland waren mit dieser Aufgabe verknüpft. Erinnert sei in diesem Zusammenhang, um ein weiteres Beispiel zu nennen, an die 30. Tagung des Zentralkomitees der SED im Januar/Februar 1957. Auf ihr legte er ein weitreichendes

Programm für die Lösung der deutschen Frage dar. Er ging davon aus, dass sich auf deutschem Boden für längere Zeit zwei Staaten mit gegensätzlicher Gesellschaftsordnung gegenüberstehen würden und orientierte auf den friedlichen Wettbewerb zwischen ihnen. Die patriotischen Kräfte in beiden Staaten müssten gegen die vom westdeutschen Imperialismus und Militarismus ausgehenden Gefahren kämpfen und die Liquidierung der Herrschaft der Monopole in der Bundesrepublik, den Verzicht auf die Remilitarisierung und Refaschisierung sowie der Teilnahme an aggressiven Militärbündnissen erreichen. Besondere Verantwortung dafür trügen die Arbeiterklasse in Westdeutschland, die Sozialdemokratie, ihre Mitglieder und Anhänger. Erst wenn diese Ziele erreicht seien, wäre es, wie Ulbricht erklärte, möglich, einen gesamtdeutschen Rat zu bilden, der die Funktion einer Regierung der deutschen Konföderation ausüben sollte. So könnten normale, sachliche Beziehungen zwischen beiden Staaten entwickelt werden, wäre es möglich, der Wiedervereinigung näher zu kommen. Der Aufbau des Sozialismus und die Festigung der Arbeiter- und Bauernmacht in der DDR seien Voraussetzung für die Erreichung dieses Zieles.

Doch diese Erwartungen haben sich nicht erfüllt – weder die Hoffnung, dass es gelingen würde, die DDR allseitig so zu stärken, dass ihre Anziehungskraft auf die werktätigen Bevölkerung der BRD entscheidend wachsen würde, noch die, dass sich die Sozialdemokratie ihrer sozialistischen Wurzeln besinnen und in diesem Sinne wandeln würde.

Als letztes Beispiel für Ulbrichts exakte Einschätzung der internationalen Lage und des Imperialismus erinnere ich an die Rede, die er auf der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien im Juni 1969 in Moskau hielt. Er stand kurz vor Vollendung seines 76. Lebensjahres, verkörperte ein halbes Jahrhundert Erfahrungen als führender Funktionär der kommunistischen Bewegung, war – neben Rodolfo Ghioldi von der Kommunistischen Partei Argentiniens – der einzige Redner, der bereits der Führung der Komintern angehört hatte. Ulbricht ging davon aus, dass die sozialistische Gemeinschaft als Ganzes "trotz aller Störversuche des Weltimperialismus und innerer Entwicklungsschwierigkeiten" weiter gewachsen und erstarkt sei und ihren Einfluss in der Welt erhöht habe. Keiner ahnte auch nur im Geringsten, dass zwei Jahrzehnte später das sozialistische Weltsystem zusammengebrochen und die Sowjetunion ihrer Rolle als Weltmacht verlustig gegangen sein würde.

Charakteristisch auch für diese Rede Ulbrichts war, dass er sich – bei aller Würdigung des Erreichten beim Aufbau der neuen Gesellschaft in der UdSSR, der DDR, der sozialistischen Gemeinschaft – rasch und dezidiert den Anforderungen und Aufgaben zuwandte, die es zu lösen galt. Er sparte die Schwachstellen und Defizite nicht aus, ließ – im Wissen um die wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Rückstände der sozialistischen Länder – keine Unklarheit über das noch zu Bewältigende zu. Und wenn dies auch ausgewogen und mit dem Blick nach vorn formuliert war und konzilient wirken mochte – jeder, der mit diesen Dingen tagtäglich konfrontiert war, wusste sie wohl richtig zu deuten. Das betraf vor allem "den Kampf um höchste Arbeitsproduktivität, um die effektivste Form der sozialistischen Planung, Leitung und Organisation aller gesellschaftlichen Prozesse", den "Kampf also für ein Leben des Volkes in sozialer Sicherheit, in Frieden und Glück". Dieser sei zum "Hauptfeld der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus im Weltmaßstab" geworden.<sup>21</sup> Kein sozialistisches Land könne diese Aufgabe allein lösen. "Das Wirken der ökonomischen Gesetze des Sozialismus in den sozialistischen Ländern, die Verschärfung des internationalen Klassenkampfes und die Entwicklung der modernen Produktivkräfte drängen zur Entwicklung, Festigung und Integration der sozialistischen Staatengemeinschaft ..." Er mahnte: "Die sozialistische wirtschaftliche Integration der Staaten unserer Gemeinschaft wird zu einem entscheidenden Faktor der Beschleunigung des Fortschritts der nationalen Volkswirtschaften der sozialistischen Länder und im ökonomischen Wettbewerb des Sozialismus mit dem Kapitalismus." Die gemeinsame historische Aufgabe, "das Übergewicht des Sozialismus auf allen entscheidenden Gebieten ... zu erringen", könne nur in gemeinsamer Arbeit erfüllt werden.<sup>22</sup>

Indirekt warnte Ulbricht davor, das Erreichte zu überschätzen, die Kompliziertheit und die Schwierigkeiten auf diesem Weg zu verkennen, indem er von der "lange(n) Periode" sprach, die dazu nötig sei. Die Probleme des Übergangs zum Sozialismus würden "nicht leichter gelöst, wenn diese Periode als eine kurze Phase aufgefasst" werde.<sup>23</sup>

Damit bekräftigte er seine Auffassung, die sich von den Positionen der Führung der KPdSU grundsätzlich unterschied, sprach diese doch bereits seit fast zehn Jahren vom kommunistischen Aufbau, und wurden von ihr die Probleme der Planung und Leitung, der Arbeitsproduktivität und Effektivität nicht als so zwingend eingeschätzt oder angepackt oder zu bewältigen versucht, wie das Ulbricht mit dem unter seiner Leitung für die Bedingungen der DDR ausgearbeiteten Sozialismus-Modell zu verwirklichen bemüht war.<sup>24</sup> Ulbrichts Formulierung von der "langen Periode" war die kurzgefasste Umschreibung der von ihm im September 1967 verkündeten Auffassung, "daß der Sozialismus nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Gesellschaft ist, sondern eine relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab"<sup>25</sup>. Das war in dieser Frage eine deutliche Abgrenzung von der Position der KPdSU.

Die geschichtlichen Erfahrungen bei dieser Problematik zusammenfassend erklärte Ulbricht, dass das Tempo des sozialistischen Fortschritts von zwei Faktoren abhängt: "einmal von der Entwicklung der Produktivkräfte und der sozialistischen Produktionsverhältnisse, vom marxistisch-leninistischen Reifegrad der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder, von der sozialistischen Entwicklung des Überbaus; zum anderen vom Niveau der allseitigen Zusammenarbeit der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft".

In die Form von Erwartungen und Aufgaben gekleidet, bedeutete seine Rede indirekt eine treffende Kritik am unzureichenden Niveau der Effektivität der sozialistischen Gemeinschaft vor allem auf ökonomischem Gebiet. Er machte deutlich – und das ist wohl erst viele Jahre später klar bewusst geworden –, dass künftige Erfolge des Sozialismus letztlich davon abhängen würden, wie es der Sowjetunion gelänge, ihrer Pionierrolle bei der Verwirklichung der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Integration, bei der Steigerung der Produktivität und Effektivität der Wirtschaft gerecht zu werden.

An dieser Stelle sei daran erinnert, dass Ulbricht zeitig, bereits in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, die Aufmerksamkeit auf diese Fragen gelenkt hatte. So forderte er auf dem V. Parteitag im Juli 1958 "eine wesentlich engere Verbindung der Wissenschaft mit der Produktion, als wir bisher erreicht haben ..., die Arbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Forschung und Entwicklung wesentlich zu qualifizieren und auf eine neue Stufe zu heben". Im Rahmen der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung und Kooperation sollte die Konzentration auf solche Produktionsprogramme erfolgen, die einen hohen Anteil von geistiger, technischer, wissenschaftlicher Arbeit einschließen. Automatisierung und Mechanisierung der Produktion sollten vorangebracht werden. In der Folge orientierte er wiederholt auf die Erreichung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes in Forschung und Produktion, auf die Spezialisierung, Standardisierung und Typisierung der Produktion, auf den Kampf um das Sparen mit jeder Minute, mit jedem Gramm Material und jedem Pfennig, das heißt, auf den Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion der Volkswirtschaft.

Mit Blick auf das vom VI. Parteitag beschlossene Parteiprogramm für den umfassenden Aufbau des Sozialismus orientierte Walter Ulbricht schon im Oktober 1962 darauf, die Kontrollziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft bis 1970 und anschließend den Perspektivplan bis 1980 auszuarbeiten, entsprechende Entscheidungen für die Entwicklung einzelner Zweige und Haupterzeugnisse zu treffen, um so, wie er im Februar 1964 formulierte, "den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution" gerecht zu werden.

Als das Neue in der Politik des westdeutschen Monopolkapitals bezeichnete er auf der Beratung 1969 "das Streben nach Expansion, nach Ergreifung der Vorherrschaft über die westeuropäischen Staaten, das Eindringen in die volksdemokratischen

Länder, um den Aufbau des Sozialismus zu verhindern, und den Drang nach politischen und ökonomischen Machtpositionen in den arabischen, afrikanischen und asiatischen Ländern"<sup>26</sup>. Dazu verwies er auf die wenige Tage zuvor vom westdeutschen Finanzminister Franz Josef Strauß verkündete Absicht, der BRD "in der Weltpolitik wieder Gehör zu verschaffen", sowie auf das vom Bonner Kriegsminister Gerhard Schröder Anfang 1969 bekräftigte Ziel, den Bonner Staat, wie er sagte, "zum Modell und Ausgangspunkt zu machen für die Lösung, die wir für unser nationales Problem anstreben". Ulbricht charakterisierte die "sogenannte neue Ostpolitik" der Bonner Regierung als eine der neuen Methoden des Imperialismus, "um in die sozialistischen Länder einzudringen und die Entwicklung des Sozialismus rückgängig zu machen".<sup>27</sup> Der Imperialismus bleibe abenteuerlich, er sei aggressiver, raffinierter und gefährlicher geworden. Objektiv würden die revolutionären Kräfte in der Welt über alles Notwendige verfügen, um dem Imperialismus neue Niederlagen beizubringen. Diese Möglichkeiten zu nutzen erfordere jedoch die Festigung ihrer Kampfkraft und die weitere Stärkung und Einigung ihrer Reihen.

Ulbricht bekräftigte die Erkenntnis, dass der westdeutsche Imperialismus seine Expansionspolitik verschärfen konnte, "weil er sich dabei sowohl auf die konservativen und militärischen Kräfte, auf den reaktionären Klerus als auch auf die sozialdemokratischen Minister stützen konnte"<sup>28</sup>. (Ohne deren Einbeziehung in die imperialistische Politik könne das westdeutsche Monopolkapital seine Funktion als Hauptverbündete der USA bei der Durchsetzung der Globalstrategie in Europa nicht erfüllen.)

Ulbricht hat stets auf die das imperialistische System erhaltende und mitgestaltende Rolle der Sozialdemokratie hingewiesen, und er hat sich gewiss auch niemals Illusionen über sie hingegeben. Doch beschränkte er sich nicht auf die Aufdeckung und Kritik dieser Funktion der Sozialdemokratie. Unentwegt appellierte er an sie – an die Mitgliedschaft und auch an die Führung, ihrer Verantwortung für Antifaschismus, Frieden, demokratische Einheit und sozialen Fortschritt gerecht zu werden, sich von Antikommunismus und der Einbindung in die NATO-Politik zu befreien, für gleichberechtigte Beziehungen zwischen beiden Staaten mit dem Ziel einer späteren Vereinigung auf antiimperialistischer Grundlage einzutreten. Im August 1970 mahnte er, dass es gelte, die Existenz der unter sozialdemokratischer Führung stehenden BRD-Regierung – gemeint ist die im Oktober 1969 gebildete Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt – "maximal aus(zu)nutzen, um die friedliche Koexistenz zu erreichen".

Unter den gegebenen Bedingungen sei eine friedliche Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten nur auf dem Wege völkerrechtlicher Verträge zwischen ihnen möglich. Der Weg zu einer "späteren Vereinigung der beiden Staaten" werde erst geebnet werden, "wenn der westdeutsche Staat auf jede Revanchepolitik und Alleinvertretungsanmaßung verzichtet, den Status quo anerkennt und die demokratischen, fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland den notwendigen Einfluss errungen haben". Das entsprach der von ihm in seiner Schlussansprache auf dem VII. Parteitag der SED im April 1967 geäußerten Hoffnung, dass auch in Westdeutschland die Arbeiter, verbündet mit allen anderen Werktätigen, "eines Tages Militarismus, Neonazismus und Imperialismus überwinden ... Auch sie werden den Weg der Demokratie beschreiten und schließlich den Sozialismus errichten. Das ist die einzige Möglichkeit, dereinst zur Vereinigung beider deutscher Staaten zu kommen. Die Imperialisten haben Deutschland gespalten, die Arbeiterklasse der beiden deutschen Staaten wird es im Bündnis mit den werktätigen Bauern und der fortschrittlichen Intelligenz wieder zusammenfügen."

Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt. Dass das Monopolkapital und seine Parteien den Sieg davontragen und die DDR von der kapitalistischen BRD geschluckt würden – das sah damals kaum jemand voraus. Ebenso ahnte kaum jemand, dass zwei Jahrzehnte nach dieser Beratung das sozialistische Weltsystem zusammengebrochen und die Sowjetunion ihrer Rolle als Weltmacht verlustig gegangen sein würde.



Ulbricht betonte auf der Internationalen Beratung, dass die Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung zu einer höheren Form ihrer Einheit "keine generelle Ablehnung alter, in der Vergangenheit bewährter Formen der Einheit, sondern deren kontinuierliche Weiterentwicklung entsprechend den neuen Bedingungen und Anforderungen" bedeute. Sie erfordere eine "schöpferische Vielfalt der Taktik und Methoden in den einzelnen Ländern", die Vermeidung von "schablonenhaftem Herangehen an die Lösung neuer Aufgaben" als auch von "nationaler Enge", von nationalistischen Sonderwegen, die den gemeinsamen Anliegen schaden. So werde man der Forderung Lenins gerecht, "daß die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes und der sozialistischen Revolution *'im einzelnen richtig modifiziert* und den nationalen und nationalstaatlichen Verschiedenheiten richtig angepasst, auf sie angewandt werden' müssen." Er warnte, dass die "vorrangige Erörterung und Hervorhebung der Meinungsverschiedenheiten ... nicht zur Einheit, sondern zu größerer Zwietracht und zur Zersplitterung der revolutionären Kräfte" führe.<sup>29</sup> Den Weg zu politischer und wachsender ideologischer Einheit der kommunistischen Bewegung gelte es zu beschreiten über gemeinsame Aktionen des antiimperialistischen Kampfes und systematische theoretische Arbeit. Die gemeinsamen, übergreifenden Aufgaben müssten in den Vordergrund gestellt werden.

Ich meine, dass diese Rede Walter Ulbrichts – ergänzt durch seine Veröffentlichungen zum 25. Jahrestag der Gründung der SED Ende 1970 und im 1. Halbjahr 1971 – sein politisches Vermächtnis darstellt. In diesen Arbeiten sind seine wichtigsten Erfahrungen aus der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen für die Bedingungen in der DDR, aber nicht nur für sie, zusammengefasst. Darunter sind Erkenntnisse, die nicht bloß historisches Interesse beanspruchen, sondern die, wenngleich unter gravierend veränderten Bedingungen seitdem, auch für heute und morgen von Nutzen sind. Seine dialektische Herangehensweise an die Gegensätzlichkeit von Sozialismus und Imperialismus und die friedliche Koexistenz als Ausdruck des Klassenkampfes auf internationaler Ebene, seine Erkenntnisse über die Erfordernisse für die Entwicklung des Sozialismus sowie über die Wechselwirkung von ideologisch-theoretischer Einheit und Selbständigkeit der Parteien – alle diese alten Wahrheiten haben nichts von ihrer grundsätzlichen Richtigkeit verloren.

Abschließend: Walter Ulbricht war – wie wir alle – nicht frei von übertriebenen Erwartungen, vom Überschätzen des Erreichten und des Möglichen. Doch verglichen mit illusionären Vorstellungen der Führungen der KPdSU – vor allem unter den Nachfolgern Stalins – und anderer regierender Parteien sozialistischer Länder und insbesondere auch seines Nachfolgers Erich Honecker waren Ulbrichts Einschätzungen den Realitäten oft wohl noch am nächsten. Und insgesamt gaben ihm die Fortschritte der DDR, besonders nach dem 13. August 1961, recht. Durch sie sah er sich in seiner Auffassung bestärkt, dass er – oft früher und genauer als andere – Veränderungen der Lage und die Anforderungen daraus realistisch eingeschätzt und entsprechende Aufgaben herausgearbeitet, die Wege richtig gewiesen habe. Allerdings blieb auch bei ihm eine Kluft zwischen erkannten Anforderungen einerseits und den begrenzten Möglichkeiten andererseits, ihnen gerecht zu werden.

Kurt Hager schrieb über ihn: "Er besaß große politische und organisatorische Erfahrungen und Fähigkeiten, die er zielstrebig einsetzte. Man konnte mit ihm reden, er nahm Vorschläge an, aber letzten Endes machte er doch, was er wollte ... Wir hatten viele Gespräche ... Er suchte den Gedankenaustausch. Für Witze hatte er keinerlei Verständnis ... Wahrscheinlich war sein Ernst das Ergebnis eines harten Lebens, in dem es viele gefährliche Momente und heftige Auseinandersetzungen gegeben hatte ..." "Er war", stellte Kurt Hager fest, "ein Arbeiterfunktionär alter Schule, der in der kommunistischen Bewegung großes Ansehen genoss. Die Gegner der DDR taten alles, um ihn herabzusetzen. Sie mussten ihm aber außerordentliche Eigenschaften wie Realitätssinn und Einfallsreichtum zubilligen. Manche wollten ihn nur als bloßen Satrapen Moskaus sehen. Er war jedoch ein eigenständiger Politiker, der sich nicht scheute, seine eigene Meinung zu äußern."<sup>30</sup>

Gegen Ende der sechziger Jahre verstärkten sich bei Ulbricht übertriebene, subjektivistische Erwartungen hinsichtlich der Wirtschafts- und Wissenschaftsentwicklung, traten, wie Kurt Hager urteilte, "einige seiner negativen Eigenschaften wie

Eigenmächtigkeit, Rechthaberei und Starrsinn immer stärker hervor".<sup>31</sup> Sie führten zu Rückschlägen, wie sie vor allem im Vorfeld der 14. Tagung des Zentralkomitees Mitte Dezember 1970 kulminierten und zu Korrekturen drängten. Seine mit den Realitäten immer mehr kollidierenden wirtschaftsstrategischen Zielstellungen sowie seine auf den Widerstand Breshnews stoßende Taktik gegenüber der Brandt-Scheel-Regierung waren begleitet von eigenem "Sendungsbewusstsein". Dieses Bündel von objektiven Hindernissen und Schwierigkeiten und subjektiv geprägten Belastungen – vor allem Rückschläge auf ökonomischem Gebiet, die ihn zunehmend angreifbar machten – führten letztlich zu dem von der übergroßen Mehrheit der Mitglieder und Kandidaten des Politbüros betriebenen und von Breshnew unterstützten Rücktritt Ulbrichts von seiner Funktion als Erster Sekretär des Zentralkomitees, der dann am 3. Mai 1971 erfolgte.

Hager meinte, "daß nach 1945 zwei deutsche Politiker einander ebenbürtig waren in der Konsequenz, mit der sie ihre Ziele verfolgten – Adenauer mit seiner Westorientierung und Ulbricht mit seinem Streben nach einer starken, modernen sozialistischen DDR"<sup>32</sup>. Und Sebastian Haffner nannte ihn – allerdings schon 1966 – den erfolgreichsten deutschen Politiker nach Bismarck und neben Adenauer.<sup>33</sup>

Walter Ulbricht gehört zweifellos zu den Persönlichkeiten, die den Verlauf der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert über drei Jahrzehnte – von den vierziger bis zu den sechziger Jahren – maßgeblich, ja entscheidend mit geprägt und auf den Gang der allgemeinen Geschichte der neuesten Zeit eingewirkt haben und zwar im Sinne des Friedens, der antiimperialistischen Solidarität und der Schaffung des Beispiels einer sozialistischen Gesellschaft auf deutschem Boden. Alle wichtigen Ereignisse, und zwar nicht nur Defizite und Schwierigkeiten, sondern vor allem große Fortschritte und beeindruckende Errungenschaften im Leben der DDR, sind auf das Engste mit dem Wirken Ulbrichts verbunden.

Person und Werk Walter Ulbrichts gegen alle dem "Zeitgeist" hörigen Entstellungen sachlich und ausgewogen zu würdigen, sollte uns künftig mehr als bisher ein wichtiges Anliegen sein.

## Anmerkungen

- 1 Hier seien nur die wichtigsten Veröffentlichungen genannt: Liselotte Thoms/Hans Vieillard: Ein guter Deutscher. Walter Ulbricht. Eine biographische Skizze aus seinem Leben, Berlin 1963; Johannes R. Becher: Walter Ulbricht. Ein deutscher Arbeitersohn, Berlin 1964; Carola Stern: Ulbricht. Eine politische Biographie, Köln/Berlin 1964; Liselotte Thoms/Hans Vieillard/Wolfgang Berger: Walter Ulbricht. Arbeiter, Revolutionär, Staatsmann, Berlin 1968; Heinz Voßke: Walter Ulbricht. Biographischer Abriss, Berlin 1983; Norbert Podewin: Walter Ulbricht. Eine neue Biographie, Berlin 1995; Mario Frank: Walter Ulbricht. Eine deutsche Biographie, Berlin 2001; Lotte und Walter. Die Ulbrichts in Selbstzeugnissen, Briefen und Dokumenten. Hrsg. von Frank Schumann, Berlin 2003.
- 2 Ich erinnere an den von W. I. Lenin geäußerten Gedanken, woran bedeutende Persönlichkeiten zu messen seien. Er schrieb: "Historische Verdienste werden nicht danach beurteilt, was historische Persönlichkeiten, gemessen an den heutigen Erfordernissen *nicht geleistet haben*, sondern danach, was sie im Vergleich zu ihren Vorgängern *Neues geleistet haben*." (W. I. Lenin: Zur Charakteristik der ökonomischen Romantik. In: Werke, Bd. 2, S. 180.)
- 3 Siehe Lotte und Walter. Hrsg. von Frank Schumann, Berlin 2003, S. 6.
- 4 Zitiert nach Gennadij Bordjugow: SMAD und SED. In: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hrsg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936 – 1953, Paderborn/München/Wien/Zürich 1998, S. 289.
- 5 Zitiert nach Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke (Hrsg.): "Nach Hitler kommen wir." Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994, S. 416.
- 6 Alexander Abusch: Bewährung und Universalität eines sozialistischen Revolutionärs. In: Walter Ulbricht. Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler und Pädagogen zu seinem siebzigsten Geburtstag, Berlin 1963, S. 6.
- 7 Gerhard Schürer: Gewagt und verloren, Frankfurt (Oder) 1996, S. 128.
- 8 Manfred von Ardenne: Verpflichtung der Wissenschaft. In: Walter Ulbricht. Schriftsteller ..., S. 29.
- 9 Arno Linke: "Ab morgen bist du Leibarzt". Vom Provinzarzt zum Krebsforscher, Berlin 1999, S. 255.

- 10 Karl Marx wies darauf hin, dass "Zufälligkeiten", zu denen er auch den Charakter derjenigen, die an der Spitze der Bewegung stehen, zählte, die Geschichte beschleunigen oder verzögern können (Siehe Marx an Kugelmann, 17. April 1871. In: MEW, Bd. 22, S. 542). Welche Bedeutung W. I. Lenin dieser Seite der Politik beimaß, wird aus seinem "Brief an den Parteitag" vom 24. Dezember 1922 und der Ergänzung vom 4. Januar 1923 deutlich. Er machte warnend darauf aufmerksam, dass bestimmte persönliche Eigenschaften von herausragenden Funktionären keine Kleinigkeiten sind "oder eine solche Kleinigkeit, die entscheidende Bedeutung erlangen kann". (W. I. Lenin: Werke, Bd. 36, S. 580).
- 11 Walter Ulbricht: Volksrevolution gegen Faschismus, Berlin o. J., S. 9.
- 12 Siehe ebenda, S. 22.
- 13 Ebenda, S. 5.
- 14 Ebenda, S. 9.
- 15 Ebenda, S. 27 ff.
- 16 Walter Ulbricht: Die Legende vom "deutschen Sozialismus", Berlin 1945, S. 3.
- 17 Entschließung "Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 20. bis 24. Juli 1950 ..., Bd. II, Berlin 1951, S. 230.
- 18 Walter Ulbricht: Das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus und die nächsten Aufgaben. Rede auf der Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 13. Juni 1951, o. O. u. J., S. 21.
- 19 Ebenda, S. 32.
- 20 Ebenda, S. 16/17. Siehe auch Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. IV, Berlin 1958, S. 215. Hier "Ziele" statt "Rechte" wie in der Broschüre.
- 21 Hier sei darauf verwiesen, das Walter Ulbricht bereits im September 1965, also mehr als anderthalb Jahre vor dem VII. Parteitag, intern mit schonungsloser Deutlichkeit festgestellt hatte, dass die Entwicklung der Wirtschaft der DDR auf einigen Gebieten nicht befriedigen könne. Die Arbeitsproduktivität sei unter Anspannung aller Kräfte erhöht worden. Dabei seien die Reserven in einem solchen Maße in Anspruch genommen worden, dass keine freien Kapazitäten und Arbeitskräfte mehr zur Verfügung ständen. Trotz keineswegs unbedeutender ökonomischer Erfolge habe sich in der Auseinandersetzung in Deutschland die Spanne zu Ungunsten der DDR vergrößert, der ökonomische Abstand zwischen Westdeutschland und der DDR sei 1964 weiter gewachsen. Wörtlich hieß es: "Im Vergleich zu anderen sozialistischen Ländern haben die Werktätigen der DDR einen relativ hohen Lebensstandard. Aber die deutsche Arbeiterklasse vergleicht - ebenso wie auch andere werktätige Schichten der DDR - ihre materielle Lage *nicht* mit derjenigen der Werktätigen in Polen, in der Sowjetunion, in Bulgarien und anderen sozialistischen Ländern, sondern vor allem mit der materiellen Lage der Arbeiter und anderer werktätiger Schichten in Westdeutschland.
- Angesichts der langjährigen Hochkonjunktur, des relativ sehr hohen westdeutschen Lebensniveaus und gewisser sozialer Leistungen, wie vor allem hoher Altersrenten usw., sind wir besorgt über die Einflüsse, die von diesen Tatsachen in die DDR ausstrahlen." Wenn dieses Moment nicht genügend berücksichtigt werde, "könnten sich hieraus ungünstige Auswirkungen auf die auf deutschem Boden geführten Auseinandersetzungen zwischen Sozialismus und Imperialismus ergeben". Die Gewinnung der westdeutschen Arbeiterklasse für den Weg der DDR werde erst dann gelingen, "wenn am Beispiel der DDR konkret nachgewiesen wird", dass ihr ein fortschrittliches Deutschland "ein mindestens ebenso hohes materielles Lebensniveau gewährleistet wie der ... kapitalistische deutsche Staat". (Aufzeichnung von Ausführungen W. Ulbrichts für eine Beratung im ZK der KPdSU, September 1965. SAPMO-BA, NY 4182/1206, Fiche 3, Bd. 111, 112.)
- 22 Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien Moskau 1969, Berlin 1969, S. 270.
- 23 Ebenda, S. 271.
- 24 An dieser Stelle ist anzumerken, dass es nicht gelang, das von Ulbricht initiierte Konzept des Neuen Ökonomischen Systems umfassend und mit allen Konsequenzen zu verwirklichen.
- 25 Walter Ulbricht: Die Bedeutung des Werkes "Das Kapital" von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland. Auszug aus dem Referat auf der internationalen wissenschaftlichen Session "100 Jahre 'Das Kapital' " am 12. und 13. September 1967 in Berlin, 12. September 1967. Nach: Das System der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik. Dokumentation, 2., erweiterte Aufl., Berlin 1970, s. 67/68.

26 Internationale Beratung Moskau 1969, S. 272.

27 Ebenda, S. 274.

28 Ebenda, S. 279.

29 Ebenda, S. 285.

30 Kurt Hager: Erinnerungen, Leipzig 1996, S. 309.

31 Ebenda.

32 Ebenda, S. 309/310.

33 Vgl. Lotte und Walter. Hrsg. von Frank Schumann, S. 11.

Dr. Norbert Podewin

## Walter Ulbrichts späte Reformen und ihre Gegner

*Der 13. August 1961: die "Zweitgeburt" der DDR*

Walter Ulbricht hat intern und im kleinen Kreis von Vertrauten den Mauerbau in Berlin als "Zweitgeburt der DDR" bezeichnet. Nun konnte – erstmals weitgehend abgeschirmt vom NATO-Europa – der Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung planmäßig umgesetzt werden. Die oftmals tiefen Einschnitte im deutsch-deutschen Familienleben hat er durchaus gesehen. Das persönliche Negativ-Image gestand er in einem Gespräch mit dem anglikanischen Priester Paul Oestreicher ein, den er Anfang 1962 zu einem Gespräch über humanitäre Fragen empfing. "Ulbricht überraschte uns mit seiner leutseligen Art, äußerst intelligent und schlagfertig, überaus freundlich zu Beginn. Er wusste, wie man Leute beeindrucken kann – mit großer Offenheit ... Er stehe in Frontlinie der Verteidigung des Sozialismus, dazu gehöre die Tragik der Mauer, nötig, damit die DDR nicht menschlich ausblutet ... 'Die Menschen, mein Volk, sind noch bürgerlich verseucht, verstehen noch nicht, was der Sozialismus bedeutet. Sie können mich nicht lieben, diesen Preis muss ich bezahlen.' Angesprochen auf die damalige Liberalisierung Chruschtschows, ob das nicht auch in der DDR zur Liberalisierung führen müsse, erwiderte er: 'Der dahinten kann sich allerhand leisten, aber ein Soldat im Schützengraben zündet sich keine Zigarette an.' Frage an ihn: Aber muss man an der Mauer Menschen totschießen? Antwort dem Sinn nach: 'Das ist der bittere Preis, den ich bezahlen muss. Würde nie geschossen, hätten wir die Mauer gar nicht bauen müssen. Ich weiß nur zu wohl, welche Propagandawaffe ich damit dem Klassenfeind liefere. Ich habe keine Wahl. Eines Tages – nach meinem Tod – wird mir die Geschichte Recht geben.'"<sup>1</sup>

Unmittelbar nach der Zäsur des 13. August 1961 setzte Walter Ulbricht eine Vielzahl von deutschlandpolitischen Aktivitäten in Gang, die auf die vertragliche Normalisierung zur BRD zielten. Ein erstes Signal war das Angebot an den Senat von Berlin (West), das zum Passierscheinabkommen vom 17. Dezember 1963 führte. Es ermöglichte den Westberlinern zu Weihnachten/Silvester den Verwandtenbesuch in der DDR-Hauptstadt. Später folgten Erweiterungen (Ostern/Pfingsten); ab 10. Oktober 1966 existierte auch eine DDR-"Passierscheinstelle für dringende Familienangelegenheiten" im Westteil Berlins. Am 6. Januar 1964 sandte der Staatsratsvorsitzende dem neuen Bundeskanzler Ludwig Erhard den Entwurf eines Vertrages über den beiderseitigen Verzicht der deutschen Staaten auf Kernwaffen – der Brief wurde ungeöffnet zurück geschickt.

Am 24. April 1964 gab es – im Verlauf der 2. Bitterfelder Konferenz – eine neue Ulbricht-Offerte an Bonn: Zeitungsaustausch. Ulbricht: "Obwohl die westdeutsche Presse ständig empörende Beweise dafür liefert, dass sie die westdeutsche Bevölkerung nicht informiert, sondern desorientiert und in die Irre führt, wären wir bereit, einige westdeutsche Zeitungen wie etwa 'Die Zeit' oder die 'Süddeutsche Zeitung' bei uns zum Verkauf auszulegen, wenn die Garantie dafür gegeben wäre, dass in Westdeutschland das 'Neue Deutschland' in gleichem Maße öffentlich verkauft wird."<sup>2</sup> Auch diese Offerte scheiterte an formaljuristischen Vorbehalten der BRD-Instanzen.

Ein dritter Vorschlag – Redneraustausch zwischen den Repräsentanten von SED und SPD – kam nicht zustande. Die BRD-Medien attackierten von Anbeginn an in einem "Offenen Brief" vom Februar 1965 an die Delegierten des Dortmunder SPD-Parteitag unterbreiteten Vorschlag. Anfangsverhandlungen beider Seiten schienen erfolgreich – die SED hatte bereits Friedrich Ebert sowie Albert Norden als Redner nominiert. Die Veranstaltungsorte und Termine waren bereits fixiert: 14. Juli – Karl-Marx-Stadt; 21. Juli – Hannover. Intern regte sich im Politbüro eine Gruppe um Erich Honecker, initiiert von der neuen Führung der KPdSU: Wie konnte gesichert werden, dass es bei deutsch-deutschen Themen blieb und nicht Probleme der "Bruderländer" seitens der SPD aufgeworfen würden? Die BRD kam dieser SED-Fraktion ungewollt entgegen. Sie verabschiedete am 23. Juni 1965 auf SPD-Antrag das "Gesetz über die befristete Freistellung von der deutschen

Gerichtbarkeit“, das generell alle DDR-Repräsentanten zu potentiellen Straftätern erklärte, die man jedoch in bestimmten Ausnahmefällen – so etwa beim Redneraustausch – für einen befristeten Zeitraum von der Strafverfolgung freistellen konnte. Albert Norden nannte dieses Konstrukt prägnant "Handschellengesetz". Unter dieser unannehmbaren Voraussetzung zog die SED am 29. Juni 1965 ihren Vorschlag zurück. Die Medien der BRD fälschten den Vorgang um, die SED habe Angst vor dem öffentlichen Auftreten sozialdemokratischer Politiker in der BRD. "BILD" brachte es auf den Punkt: "Ulbricht kneift!"

#### *Der Absturz Chruschtschows und seine Folgen für die Deutschlandpolitik Walter Ulbrichts*

Am 14. Oktober 1964 vollzog sich in Moskau ein Machtwechsel mit weltweiten Folgen: Nikita S. Chruschtschow wurde als Erster Sekretär des ZK der KPdSU durch Leonid I. Breschnew abgelöst. Der Gestürzte verlor auch seinen Sitz im Politbüro und 1966 auch noch die Mitgliedschaft im ZK. Der Nachfolger war im Sinne einer kritischen Analyse W. I. Lenins ein "Großrusse". Er entwickelte die nach ihm benannte Doktrin, wonach die Interessen der kommunistischen Gemeinschaft Vorrang vor den spezifischen Belangen eines einzelnen Staates der sozialistischen Gemeinschaft hätten. Sichtbarer Ausdruck dieser "Breschnew-Doktrin" war der Einmarsch von Truppen des Warschauer Vertrages am 21. August 1968 in die CSSR zur Unterbindung des "Prager Frühlings". Die DDR-Volksarmee war auf ausdrückliche Forderung Walter Ulbrichts an der Intervention nicht beteiligt.

In der Ära Chruschtschow (1953 – 1964) genoss die DDR außenpolitisch den größten Freiraum in ihrem vierzigjährigen Bestehen. Das beruhte auch auf der persönlichen Wertschätzung Chruschtschows gegenüber Walter Ulbricht – beide hatten wesentliche Fundamente dieser zwischenmenschlichen Beziehungen insbesondere in den Schützengräben vor Stalingrad gelegt. Breschnew hatte schon vor seinem Machtantritt die Deutschland-Aktivitäten Walter Ulbrichts misstrauisch beargwöhnt. Seit Oktober 1964 unterstützte er die Installation einer Fraktion gegen Ulbricht in der SED-Führung. Erich Honecker war insbesondere über innenpolitisch neue Weichenstellungen Walter Ulbrichts nach dem 13. August 1961 empört. Der hatte eine neue Jugendpolitik in Gang gesetzt, die erstmalig auch DDR-Rock- und Singegruppen Massenzufluss sicherten. Erstmals tauchten in den Kinos DEFA-Filme mit sozialkritischen Aspekten beim Aufbau des Sozialismus auf und zwischenmenschliche Beziehungen wurden thematisiert. Bücher wie Erwin Strittmatters "Ole Bienkopp" (1963) oder "Spur der Steine" von Erik Neutsch (1964) wurden zu literarischen "Dauerbrennern".

Ein "Deutschlandtreffen" hatte vom 16. bis 18. Mai 1964 junge Menschen aus beiden deutschen Staaten und Berlin/West zusammengeführt und zu zahllosen politischen Gesprächen und teils fortdauernden Kontakten geführt. Der aus diesem Anlass ins Leben tretende Rundfunksender "DT 64" wurde von der DDR-Jugend sofort mit Begeisterung angenommen und erhielt deshalb – über die Deutschlandtreffentage hinweg – dauerhaften Bestand.

Gegen diese als "Aufweichungserscheinungen" bewerteten Trends nahm die Gruppe um Erich Honecker erstmals auf dem 11. Plenum vom 15. bis 18. Dezember 1965 offen den Kampf gegen Walter Ulbricht auf. Die Tagesordnung sah – wie alljährlich zu diesem Zeitpunkt üblich – die Bestätigung der Zielvorstellungen des neuen Planjahres vor. Kulturpolitische Grundfragen waren nicht vorgesehen. Interessant ist auch der Fakt, dass in einer in Honeckers Amtszeit veröffentlichten DDR-Zeittafel dieser "Einschub" wieder ausgeblendet wurde. Dort heißt es 1984 lediglich mit Terminangabe zum Inhalt: "Die 11. Tagung des ZK der SED behandelt u. a. Probleme des Perspektivplanes bis 1970 und den Entwurf des Volkswirtschaftsplanes 1966."<sup>3</sup>

Berichterstatter war auf diesem Plenum Erich Honecker. Er täuschte Ulbricht, indem er einen ausschließlich auf volkswirtschaftliche Schwerpunkte orientierten Entwurf in Umlauf gab und bestätigen ließ. Anschließend fügte er vorher nicht vorhandene Teile zur Kulturpolitik ein, die dann auch Ulbricht überraschten und schockierten. Honecker machte in den

Zusätzen "schädliche Tendenzen" sowie "Skeptizismus und Unmoral" im Kulturbereich aus und setzte dagegen: die DDR sei "ein sauberer Staat", in dem "unverrückbare Maßstäbe der Ethik und Moral" gälten. Namentlich denunziert wurden Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler, unter anderen Robert Havemann, Stefan Heym und Wolf Biermann. Dann schlug der Berichterstatter - ohne Namensnennung - auf die von Walter Ulbricht im Rahmen des "Neuen Ökonomischen Systems" protegierten Wirtschaftsreformer ein: "Bei einigen Wissenschaftlern, Technikern und auch staatlichen Leitern ist die Neigung noch nicht überwunden, sich in allen Fragen der neuen Technik einseitig am 'Westniveau' zu orientieren, ohne den Versuch gemacht zu haben, sich über den Stand in der Sowjetunion zu informieren ... Die Leiter und alle verantwortlichen Mitarbeiter in den Staats- und Wirtschaftsorganen müssen in ihrer praktischen Tätigkeit stets davon ausgehen, dass die enge Zusammenarbeit mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken für eine gesicherte Perspektive entscheidend ist."<sup>4</sup> In der anschließenden Diskussion gewann die Fraktion personelle Konturen. Leipzigs Parteichef Paul Fröhlich, der Kulturpolitiker Alfred Kurella, die Verantwortliche der Parteihochschule der SED Hanna Wolf und andere fielen in Honeckers Schelte ein.

Walter Ulbricht stand vor einer Entscheidungssituation besonderer Art. Stellte er sich frontal gegen die Vorwürfe, so musste er seine Kritiker als Fraktion kennzeichnen und ihre Abstrafung durch das Plenum verlangen. Doch galt auch für ihn die Wahrung des Äußeren - die "Einheit der Partei und ihrer Führung" und deren daraus abgeleitete "führende Rolle" - als öffentlich unantastbar. Sein Kompromiss: er stimmte in seinem Diskussionsbeitrag - das Plenum dauerte einen Tag länger als ursprünglich vorgesehen - mit den Kritikern darin überein, dass es "Schwankende" gäbe und "Unklarheiten" beständen; doch man befinde sich auf gesichertem Boden und könne deshalb in diesen Fällen mit Langmut und Nachsicht überzeugen. Doch hatte die Fraktion - wie die nahe Zukunft zeigen sollte - einen Sieg eingefahren: abgedrehte Filme blieben unaufgeführt, Manuskripte wurden nicht mehr zu Büchern, Fernsehspiele wurden abgesetzt. Der Vorsitzende der Jugendkommission beim Politbüro - Kurt Turba - geriet zum Bauernopfer; er wurde seines Postens enthoben und in die Nachrichtenagentur ADN versetzt.

### *Reformkur für den Apparat*

Es gab noch einen weiteren schwergewichtigen Aspekt für den Vorstoß der Honecker-Fraktion: die Funktionärskaste fühlte sich seit der neuen Phase der Innenpolitik nach dem 13. August in ihrer Unersetzlichkeit bedroht. Bereits Ende 1961 hatte Walter Ulbricht in einer sehr deutlichen Sprache die parteiamtliche "Überwucherung" angeprangert. Vor der Berliner Parteiorganisation nannte er Zahlen: "Man hat mir gesagt, der Stadtbezirk Mitte habe 1465 hauptamtliche Kräfte. Das heißt: auf 62 Einwohner käme eine hauptamtliche Kraft. Stellt Euch das einmal vor! Wenn diese alle aktiv an der Massenarbeit teilnähmen, wäre es gar nicht auszudenken, wie schnell wir dann vorwärts kämen! Manche Funktionäre würden bei dieser Massenarbeit wieder eine engere Verbindung mit dem Leben bekommen, und das würde ihnen gut tun."<sup>5</sup>

Erstmals öffentlich gemacht wurde auch das Bildungsniveau hauptamtlicher Kader. In 106 SED-Kreisleitungen gäbe es keinen einzigen Mitarbeiter mit einer Hochschulausbildung. Städtenamen wurden exemplarisch aufgeführt: von den 18 Kreisen des Bezirks Erfurt und den 31 Kreisen Karl-Marx-Stadts hätten 16 Kreisleitungen in ihren Apparaten keinen Genossen mit fachlicher Hochschulbildung. Ulbricht wörtlich: "In den Kreisleitungen Erfurt-Nord, Apolda und Wolgast gibt es überhaupt keinen Genossen mit einer Hoch- oder Fachschulausbildung" - ein unhaltbarer Zustand.

Radikales Umdenken nach der DDR-"Zweitgeburt" sagte der Partei- und Staatschef auch in einem Bereich an, an dem zuvor jede kritische Bemerkung für den Betreffenden lebensbedrohlich werden konnte: dem Strafrecht. Walter Ulbricht forderte Umdenken. Vor den 4000 Teilnehmern des Nationalkongresses der Nationalen Front Deutschlands - er tagte am 16./17. Juni 1962 in Berlin - betonte er: Nach der zuverlässigen Grenzsicherung festige sich die innere Lage des Staates - das ökonomische wie das politisch-moralische Fundament seien stabil und gewannen täglich mehr an Festigkeit. Damit seien aber auch die Möglichkeiten, "Menschen, die unsere Gesetze verletzen, zu erziehen, anstatt zu strafen, heute bei weitem größer als - sagen wir einmal - vor zehn Jahren. Offensichtlich haben das einige Rechtswissenschaftler nicht verstanden ... Damit können wir uns nicht einverstanden erklären." "Feindlichen Anschlägen" und anderen schweren Verbrechen werde man auch künftig mit aller Härte begegnen. Jedoch sei nicht jede dumme Bemerkung, nicht jedes dumme Gerede, wenn jemand - wie man landläufig sage "der Kragen platzt" - eine Staatsverleumdung. Viel stärker als in der Vergangenheit sei die ehrenamtliche Rechtsprechung - beispielsweise durch die Tätigkeit von Konfliktkommissionen - gefordert. Ganz Staatsmann und Landesvater formulierte er explizit: "Wir sind keine Fetischisten der Strafe. Wir vertrauen auf die wachsende Kraft der sozialistischen Gesellschaft, durch die die Reste des egoistischen, menschenfeindlichen Denkens und Handelns aus der kapitalistischen Zeit überwunden werden und der Kriminalität immer mehr der Boden entzogen wird. Freiheit und Gerechtigkeit, Gleichheit und Brüderlichkeit, einer für alle und alle für einen - das sind die unveräußerlichen Grundlagen der entfalteten sozialistischen Gesellschaft, der wir gemeinsam zustreben."<sup>6</sup>

### *Fallstrick Deutschlandpolitik*

Mit großem Misstrauen hatte der neue "Erste" im Kreml - Leonid Breschnew - den wirtschaftlichen Reformkurs in Form des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖSPL) in der DDR verfolgt. Die Reaktion war ebenso einfach wie brutal: der lebensnotwendige Rohstoffnerv der DDR-Wirtschaft in Gestalt sowjetischer Erdöllieferungen wurde faktisch zerstört, indem man die Liefermenge auf ein Minimum reduzierte. Wirtschaftsverhandlungen DDR/UdSSR im Herbst 1965 erbrachten kein Einlenken. Im Ergebnis dieses Scheiterns zog der DDR-Verhandlungsleiter Erich Apel eine persönlich dramatische Konsequenz: Er beging am 3. Dezember 1965 in seinem Dienstzimmer im Haus der Ministerien Selbstmord. Am 15. Dezember 1965 schließlich begann die bereits geschilderte 11. ZK-Tagung mit dem Angriff der sich



entwickelnden Honecker-Fraktion auf Walter Ulbrichts Generalreformen. Es ist gewiss keine Unterstellung, dass er dazu die – noch stillschweigende – Unterstützung Leonid Breschnews besaß, der vom 27. bis 30. November 1965 die DDR besucht hatte.

Doch noch hielt Walter Ulbricht an seinem besonderen deutschen Weg zum Sozialismus fest. Er distanzierte sich faktisch nochmals öffentlich vom sowjetischen Modell. In einer aufsehen erregenden Rede zur Würdigung des Hauptwerkes von Karl Marx – "Das Kapital" – erklärte er definitiv, "dass der Sozialismus nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Gesellschaft ist, sondern eine relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab". Die internationalen Zuhörer werteten das durchaus richtig als Absage an das sowjetische Vorbild: Nach der dortigen Lehrmeinung hatte der Aufbau des Sozialismus in der UdSSR 1936 begonnen – 1961 hatte Chruschtschow den Eintritt in die Phase des Kommunismus propagiert.

In der Deutschlandpolitik zeichneten sich Ende der sechziger Jahre bedeutsame Veränderungen ab. Nach dem Ende der Ära Adenauer übernahm der "Vater des Wirtschaftswunders", Ludwig Erhard, am 16. Oktober 1963 das Kanzleramt. Seine Amtszeit war kurz und glücklos: Er trat bereits am 30. November 1966 zurück. Ihm folgte das Kabinett der Großen Koalition unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) und Vizekanzler Willy Brandt (SPD). Es war ein Bündnis auf Zeit: Bei der Bundestagswahl vom 28. September 1969 errangen SPD (224) und FDP (30) insgesamt mit 254 Mandaten die parlamentarische Mehrheit. Kanzler wurde Willy Brandt, Stellvertreter der FDP-Vorsitzende Walter Scheel.

Im Vorfeld hatte es 1969 bereits den vorzeitigen Rücktritt des von der DDR dokumentarisch als KZ-Baumeister überführten Bundespräsidenten Heinrich Lübke (CDU) gegeben; sein Nachfolger wurde am 5. März 1969 Gustav Heinemann (SPD). Nochmals wurde Walter Ulbricht im Alleingang aktiv: Er setzte am 17. Dezember 1969 einen Volkskammerbeschluss durch, "... die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um mit der Bundesrepublik Deutschland Beziehungen auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz zu unterhalten, die durch völkerrechtlich gültige Vereinbarungen geregelt und gesichert sind". So legitimiert richtete der DDR-Staatsratsvorsitzende am Folgetag ein Schreiben an den BRD-Bundespräsidenten, dem ein Vertragsentwurf über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten beigelegt war. Erstmals gab es eine korrekte Antwort aus Bonn: Der Bundespräsident teilte seinem deutschen Pendant mit, das Schreiben sei zuständigkeitshalber an die Bundesregierung weitergeleitet worden. Im Ergebnis kam es dann zu den international als Durchbruch in den deutsch-deutschen Beziehungen gewerteten Treffen von Erfurt (19. März) und Kassel (21. Mai 1970) zwischen DDR-Ministerpräsident Willi Stoph und Bundeskanzler Willy Brandt. Es gab keine verbindlichen Vereinbarungen; Brandt legte in Kassel einen 20-Punkte-Plan vor, der die schrittweise vertragliche Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten vorsah. Man vereinbarte abschließend eine "Denkpause" ohne Terminverbindlichkeit. Die internationale Wirkung war bemerkenswert, denn die bundesdeutsche Blockade der DDR zerbrach rasant und zahlreiche Staaten insbesondere Afrikas stellten normale diplomatische Beziehungen seit 1970 her.

Für die sowjetische Großmacht- und Vormachtpolitik stellten die deutschen Alleingänge von Erfurt und Kassel faktisch die "Sargnägel" für Ulbricht dar. Erich Honecker wurde zu einem Geheimbesuch nach Moskau eingeladen, der am 28. Juli stattfand. Breschnew bestätigte sowohl die Ablösung Ulbrichts als auch die Nachfolge durch Honecker. Breschnew war unmissverständlich: "Auf irgendwelche Schritte von Walter, die die Einheit des Politbüros, die Einheit der SED betreffen, werden wir von uns aus reagieren. Ich sage Dir ganz offen: es wird ihm auch nicht möglich sein, an uns vorbei zu regieren, unüberlegte Schritte gegen Sie und andere Genossen des Politbüros zu unternehmen. Wir haben doch Truppen bei Ihnen."<sup>7</sup>

Walter Ulbricht war ahnungslos. Er reiste am 19. August 1970 nach Moskau, wo die Führer der sozialistischen Länder zur Beratung weiterer Schritte gegenüber der BRD eingestimmt werden sollten. In einem Gespräch zwischen ihm und Breschnew am 21. August wiegte ihn der Gastgeber in Sicherheit. Der SED-Delegation – sie bestand ausschließlich aus Ulbricht-Oppo-

nennten (Stoph, Honecker, Hager, Mittag, Axen) – teilte Breshnew mit: "Wir kamen auch überein, dass es notwendig ist, dass über die personellen Bemerkungen des Genossen Ulbricht keine weitere Erörterung im Politbüro des ZK der SED oder gar im ZK stattfindet ... Wir gelangten im Gespräch zu der Meinung, alles zu löschen, was jetzt vorgefallen war. Wichtig ist, dass alle an einem Strang ziehen."<sup>8</sup> Walter Ulbricht kam nicht der Gedanke, bewusst getäuscht zu werden. Er dankte dem Gastgeber und verabschiedete sich mit freundlich gemeinten Sätzen, die indessen den imperialen Stolz des "Großrussen" zutiefst verletzen mussten: "Wir wollen uns so in der Kooperation als echter deutscher Staat entwickeln. Wir sind nicht Bjelorusland, wir sind kein Sowjetstaat. Also echte Kooperation."<sup>9</sup>

Erich Honecker zeigte sich nach dieser Moskau-Reise beunruhigt. Er hatte inzwischen fast alle Mitglieder des Politbüros auf seine Seite gezogen und startete mit ihnen den letzten und entscheidenden Angriff. Am 9. Dezember 1970 begann die 14. Tagung des ZK der SED, in dessen Mittelpunkt das NÖS stand. Es wurde eine Aufrechnung zwischen erstrebten Zielen und tatsächlich erreichten Ergebnissen: Wunsch und Wirklichkeit klafften weit auseinander. Walter Ulbricht stand auf sprichwörtlich verlorenem Posten, denn ein Kompetenter – Gerhard Schürer als Vorsitzender der Staatlichen Plankommission – sprach ein vernichtendes Urteil über den ökonomischen Stand. Schürer wörtlich: "Es ist völlig richtig, dass wir prognostisch und langfristig arbeiten und forschen. Meines Erachtens beschäftigen sich aber gegenwärtig zu viele qualifizierte Menschen mit der Ausarbeitung allgemeiner Dokumente für das Jahr 1971 und zu wenige mit der Produktion und Technologie des Jahres 1971, mit der stabilen Fahrweise der vorhandenen und der Konstruktion neuer, hochmoderner Anlagen, mit der Leitung von Betrieben und Betriebsteilen im Mehrschichtsystem, mit der prophylaktischen Vermeidung von Havarien, das heißt mit der Erwirtschaftung des Nationaleinkommens für das weitere ständige Wachstum der Volkswirtschaft."<sup>10</sup> Insbesondere SED-Bezirkssekretäre – acht von 15 ergriffen das Wort – schilderten die enorm wachsenden Versorgungsschwierigkeiten mit Material für die Betriebe sowie die vielfach kaum noch zu überbrückenden Mängel im Warenangebot für die Bevölkerung. Walter Ulbricht war faktisch isoliert. Er formulierte über Nacht ein von ihm nicht vorgesehene Schlusswort, doch die Autorität war schon eingeschränkt. "Neues Deutschland" erwähnte diesen Abschluss zwar, jedoch blieben Inhalt oder gar Redetext ungedruckt.

#### *21. Januar 1971: Der Brief der Fraktion*

Am 21. Januar 1971 wandten sich die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros der SED – mit Ausnahme von Friedrich Ebert, Hermann Matern, Alfred Neumann und Albert Norden – in einem Geheimschreiben an den "Teuren Genossen Leonid Iljitsch Breshnew". Darin wurde – subtil auf den Adressaten zugeschnitten – Walter Ulbricht unterstellt, er sähe sich als Klassiker "auf einer Stufe mit Marx, Engels und Lenin". Die Meinungsverschiedenheiten in der Parteiführung seien inzwischen auch im Westen bekannt. Die "Bitte" lautete präzise: "Deshalb wäre es sehr wichtig und für uns eine unschätzbare Hilfe, wenn Genosse Leonid Iljitsch Breshnew in den nächsten Tagen mit Genossen Walter Ulbricht ein Gespräch führt, in dessen Ergebnis Walter Ulbricht von sich aus das Zentralkomitee ersucht, ihn auf Grund seines hohen Alters und seines Gesundheitszustandes von der Funktion des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu entbinden. Diese Frage sollte möglichst bald gelöst werden, das heißt, unbedingt noch vor dem VIII. Parteitag der SED. Wir erwarten Ihre Antwort und Hilfe. Mit kommunistischem Gruß."<sup>11</sup>

Der "teure Genosse" entsprach der Bitte". Am 11. April fand – abermals in Moskau – sein Gespräch mit Walter Ulbricht und Erich Honecker statt. Inhaltlich gab die ADN-Meldung vom Folgetag keine Aufschlüsse. Es wurde nur "die völlige Übereinstimmung der Ansichten der KPdSU und der SED" mitgeteilt, verbunden mit dem obligaten politischen Stimmungshoch: "Die Zusammenkunft ... verlief in einer Atmosphäre der brüderlichen Freundschaft und Herzlichkeit."

Am 3. Mai 1971 – einem Montag – begann die reguläre 16. Tagung des ZK der SED. Außergewöhnlich war das rasche Ende der Sitzung. Die Mittagsnachrichten des DDR-Fernsehens und der Rundfunkanstalten meldeten: "Das Zentralkomitee der SED beschloss einstimmig, der Bitte des Genossen Walter Ulbricht zu entsprechen und ihn aus Altersgründen von der Funktion des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees zu entbinden, um die Funktion in jüngere Hände zu geben. Es beschloss, Genossen Walter Ulbricht für sein jahrzehntelanges erfolgreiches Wirken in einem Brief den herzlichsten Dank auszusprechen. Das Zentralkomitee beschloss einstimmig, Genossen Walter Ulbricht in Ehrung seiner Verdienste zum Vorsitzenden der SED zu wählen. Genosse Walter Ulbricht ist weiter als Vorsitzender des Staatsrates tätig. Das Zentralkomitee wählte einstimmig Genossen Erich Honecker zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED."

Eine Ära war damit unwiderruflich abgeschlossen. Entgegen den Festlegungen begann an jenem selben 3. Mai 1971 die allseitige Löschung des "Vorsitzenden der SED" und "Vorsitzenden des Staatsrates" aus der Geschichte der DDR. Als Walter Ulbricht am 1. August 1973 verstarb, hatten seine Genossen Nachfolger bereits nahezu ganze Arbeit in diesem Sinne geleistet.

### **Anmerkungen**

- 1 Paul Oestreicher in einem Brief vom 10. März 1998 an den Verfasser – Privatarchiv des Verfassers (PdV).
- 2 Zweite Bitterfelder Konferenz 1964, Berlin 1964, S. 118/119.
- 3 Unser Staat. DDR-Zeittafel 1949 – 1983, Dietz Verlag, Berlin 1984, S. 88.
- 4 Neues Deutschland, 16. Dezember 1965.
- 5 Norbert Podewin: Walter Ulbrichts späte Reformen und ihre Gegner, hefte zur ddr-geschichte Nr. 59, "Helle Panke e. V.", Berlin 1999, S. 24.
- 6 Antwort auf Anfragen der Bevölkerung ur Gegenwart und Zukunft unseres Volkes. Aus der Rede auf dem Nationalkongress am 16. und 17. Juni 1962; in: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. X, Dietz Verlag, Berlin 1966, S. 488 ff.
- 7 Protokoll einer Unterredung Leonid Breshnew/Erich Honecker am 28. Juli 1970, SAPMO, BA, SED, ZK, IV/2A/3196.
- 8 Vermerk über die gemeinsame Besprechung der Delegation des ZK der KPdSU mit der Delegation des ZK der SED am 21. August 1970, Moskau, angefertigt durch die Genossen Stoph, Honecker und Mittag.
- 9 Ebenda.
- 10 Neues Deutschland, 11. Dezember 1970.
- 11 SAPMO, BA, SED, ZK/IV 2/2A/3196.

Prof. Dr. Siegfried Prokop

### Walter Ulbrichts Wirken in den 50er Jahren

Der Rückblick auf das Wirken Walter Ulbrichts muss historisch-kritisch sein. Er darf aber auch nicht daran vorbeigehen, dass während der Honecker-Ära Ulbrichts historische Leistung verfälscht worden ist.

In der Zeit, da Ulbricht politische Verantwortung in der DDR trug, rückte das Land in die Rolle eines Juniorpartners der Sowjetunion auf, das Wirtschaftswachstum lag bei fünf Prozent und darüber und die Sozialleistungen waren ökonomisch fundiert, Auslandsschulden gab es in nennenswerter Größenordnung nicht. 1970 war das Jahr mit der höchsten Akkumulation in der DDR-Geschichte überhaupt. So kam unter Ulbricht die DDR an die Schwelle der unmittelbaren weltweiten völkerrechtlichen Anerkennung durch Wirtschaftskraft heran. Respektvoll sprach man im Westen vom "zweiten deutschen Wirtschaftswunder" und vom "Roten Preußen". Ulbricht war ein erfolgreicher Politiker, wobei im Vergleich zu seinen Gegenspielern im Westen zu berücksichtigen ist, dass er aus einer viel ungünstigeren Situation heraus agierte und nach einer Katastrophe eine gesellschaftliche Alternative zu verwirklichen versuchte. Ulbricht begann seine Karriere als Mann der bedingungslosen Treue gegenüber der UdSSR unter J. W. Stalin und er wurde als Reformler gestürzt, der zur stagnativen Politik Leonid I. Breschnews in Distanz stand. Trotz aller Inkonsequenzen im Reformkonzept erscheint dieser Wandel aus heutiger Sicht das Bemerkenswerteste im Wirken von Walter Ulbricht.

Methodologisch interessant ist der Ansatz von Gerhard Zwerenz, der in seiner Ulbricht-Studie von 1966 Maßstäbe setzte. Der Inhalt der Studie war den DDR-Bürgern überwiegend durch die von Sebastian Haffner geschriebene Rezension in "Konkret" bekannt geworden. Haffner hatte gestützt auf Zwerenz auch in anderen Publikationen eine von den antikommunistischen Verzerrungen freie Bewertung der Rolle Ulbrichts vorgenommen. Zwerenz schrieb: "Ob man es schätzt oder nicht, Walter Ulbricht stellt in seiner Person und Exponent seiner Partei die Kontinuität der deutschen revolutionären Tradition dar; und indem er sich einen Staat schuf, vereitelte er alle westdeutschen Bestrebungen, die revolutionäre Tradition der Linken in Deutschland zu eliminieren."<sup>1</sup>

#### *Ulbrichts Weitblick*

Nimmt man das Wirken Ulbrichts in den 50er Jahren in den Fokus, so fällt im Vergleich zu Konrad Adenauer Ulbrichts Weitblick auf. Schon 1950 drängte er mit Erfolg auf Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, während die westdeutsche Deutschlandpolitik dabei verharrete, in unrealistischer Weise ein Deutschland in den Grenzen von 1937 zu verlangen. Die Bundesrepublik setzte die traditionelle bürgerliche Maßlosigkeit fort, die Zwerenz in jener Studie beschrieb: "Dieses Bürgertum, das nie auf der Höhe seiner Zeit und Situation war und immer nur Vergangenes wiederherstellen wollte, verlor bei jedem Restaurationsversuch nur neue Gebiete und antwortete mit erneuerter Aggressivität, wobei es den Völkischen gelang, das Volk mitzureißen. Dergestalt verlor man zwei Kriege, erhielt aus der Ablehnung des Vertrages von Versailles das Über-Versailles von Potsdam und führt nun den Krieg, den man jeweils über den Rhein, die Weichsel, die Wolga getragen hatte, an der Elbe, dem Fluss in der Mitte Deutschlands: auf sich selbst zurückgeworfen und noch immer mit denselben ungelösten Problemen."<sup>2</sup>

Ulbricht zog in besonderer Weise den Hass der bürgerlichen Klassenkräfte auf sich. Der Schriftsteller Otto Gotsche, zugleich Ulbrichts Sekretär im Staatsrat, sah sich zu einem Reim veranlasst, der künstlerisch wohl kaum bedeutend ist, aber doch etwas von der Atmosphäre dieser Zeit vermittelt:

"Der Feind hat Hass und Hohn gespien,

Und weil sie ihn hassen, lieben wir ihn.

Unser Ruf den Feinden entgegenhülle:

Walter Ulbricht – das sind wir alle!"

Die Attacken gegen Ulbricht reichen bis in die Gegenwart, auf einige dieser Angriffe und Verfälschungen seiner Rolle soll hier hingewiesen werden.

#### *Walter Ulbricht im Juni 1953*

Der russische Historiker Boris Chavkin wirft in einer aktuellen Publikation Walter Ulbricht vor, dass er im Juni 1953 nichts unversucht gelassen habe, um in den Ruf "eines größeren Stalinisten als Stalin selbst"<sup>3</sup> zu kommen. Schon im Juli 1952 hätte Ulbricht als Generalsekretär der SED den "Kurs auf beschleunigten Aufbau des Sozialismus"<sup>4</sup> verkündet, behauptet Chavkin in Übereinstimmung mit der Verfügung des Ministerrates der UdSSR vom 2. Juni 1953 "Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik"<sup>5</sup>. Diese Formulierung ist bezogen auf die II. Parteikonferenz der SED nicht korrekt und es ist zu fragen, warum fast die gesamte neuere 17. Juni-Literatur die unkorrekte Formulierung kolportiert. Ich zitiere aus dem Protokoll der II. Parteikonferenz, was Ulbricht dort wirklich gesagt hatte: "In Übereinstimmung mit den Vorschlägen aus der Arbeiterklasse, aus der werktätigen Bauernschaft und aus anderen Kreisen der Werktätigen hat das Zentralkomitee der SED beschlossen, der II. Parteikonferenz vorzuschlagen, dass in der Deutschen Demokratischen Republik der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird."<sup>6</sup> Die Rede war also vom "planmäßigen" und nicht vom "beschleunigten" Aufbau des Sozialismus! Historiker sollten sich immer an die Quellen halten.

Von einem "beschleunigten" Aufbau des Sozialismus sprach Ulbricht erst auf der 10. Plenartagung des ZK der SED (20. – 22. November 1952).<sup>7</sup> Hintergrund war die Fehlbewertung der internationalen Lage durch den kranken Jossif W. Stalin, der im Oktober 1952 davon ausging, dass ein Krieg in Europa unmittelbar bevorsteht.<sup>8</sup> Kurzfristig musste die DDR auf Veranlassung durch die SKK ihre Rüstungsanstrengungen um weitere 1,5 Milliarden DM aufstocken. Diese Zuspitzung trug wesentlich zu der Krise des Jahres 1953 bei.

Vom 2. bis 4. Juni weilten Otto Grotewohl, Fred Oelßner und Walter Ulbricht in Moskau, wo das Parteipräsidium der KPdSU eine als "Neuer Kurs" bezeichnete jähe Kurskorrektur offerierte. Solche "neue Kurse" wurde auch anderen sozialistischen Ländern empfohlen. Ausarbeitungen für einen "Neuen Kurs" in der DDR waren von einer Kommission unter Leitung des Politbüromitgliedes Fred Oelßner, der auch Gustav Just<sup>9</sup> angehörte, vorbereitet worden. Aber nicht der "Neue Kurs" dürfte es gewesen sein, der es bei den Beratungen zwischen Berija und Ulbricht zu einem Zusammenstoß kommen ließ, sondern die von Berija und anderen Mitgliedern des Parteipräsidiums verfolgte Absicht, die DDR zur Disposition zu stellen. Nicht der "beschleunigte" Aufbau des Sozialismus, sondern der Aufbau des Sozialismus überhaupt, sollte beendet werden. Dass sich Ulbricht dagegen wehrte, war sein Recht, besagte aber nicht, dass er deshalb stalinistischer als Stalin gewesen sei. Auch Konrad Adenauer verwahrte sich scharf gegen die Churchill-Initiative zur Lösung der deutschen Frage vom 11. Mai 1953.<sup>10</sup> Dass Ulbricht im Zusammenhang mit der Krise vom 17. Juni auch Fehler beging, zeigt u. a. die überdimensionierte Vorbereitung seines 60. Geburtstages, wovon das meiste im Zuge des "Neuen Kurses" gestrichen wurde.

#### *Ulbricht im Jahre 1956*

Ulbrichts Reaktion auf die Geheimrede Nikita S. Chruschtschows nach dem XX. Parteitag der KPdSU ist vor allem in dem Bericht von Karl Schirdewan überliefert worden. In dem Taschenbuch "Aufstand gegen Ulbricht", ein Titel, der Schirdewan nicht gefiel, heißt es dazu: "Du kannst ja ruhig sagen, dass Stalin kein Klassiker ist."<sup>11</sup> Das ist eingängig und kurz und wurde

nachfolgend allzu oft als Reaktion Ulbrichts auf den XX. Parteitag der KPdSU kolportiert. Auf keinen Fall ist es richtig, in dieser Sentenz den Beweis dafür sehen zu wollen, dass Ulbricht 1956 ein ungebrochener Stalinist gewesen sei, wie das leider so oft in der zeithistorischen Literatur geschieht.

Schirdewan vergaß in seinem Taschenbuch lobend zu erwähnen, welche Reformfortschritte er auf der 29. Tagung des ZK hervorgehoben hatte: "Es wurde ein Prämiensystem für den staatlichen und genossenschaftlichen Handel eingeführt, der entsprechend der individuellen Leistung eine Umsatzbeteiligung der Verkaufskräfte sichert. Das kostet uns aber allein in diesem Jahr zusätzlich noch 50 487 000 DM. Große Zustimmung unter der Bevölkerung findet die Einführung des Teilzahlungsgeschäftes im staatlichen und genossenschaftlichen Handel. Dieser Beschluss führte erstmals dazu, dass das Verhältnis zwischen dem Verkauf von Nahrungsmitteln und Industriewaren sich zugunsten des Verkaufs von Industriewaren zu ändern beginnt."<sup>12</sup> Solche Neuerungen hatten in der Sowjetunion bis an ihr Ende keine Chance.

Obgleich die Reformphase im Gefolge der ungarischen Tragödie auch in der DDR beendet wurde, hätte hier der Vollständigkeit halber noch hinzugefügt werden können, dass 1956 durch undogmatische Politik der Durchbruch auf dem Felde der Jugendweihe gelang, während die orthodoxe Ablehnung der Jugendweihe durch Kirchenvertreter eine Niederlage erlebte. Für die Alltagskultur von Bedeutung war, dass die dogmatische Enge gegenüber dem FKK-Baden überwunden wurde. Auf Initiative des Kulturbundes trat an die Stelle der alten "Polizeiverordnung vom 10. Juli 1942" die "Anordnung zur Regelung des Freibadwesens vom 18. Mai 1956"<sup>13</sup>. Damit begann der Siegeszug des FKK-Badens in der DDR.

Natürlich wären Reformen ganz anderer Qualität 1956 wünschenswert gewesen. Fritz Behrens, Wolfgang Harich und Kurt Vieweg hatten dazu Vorstellungen entwickelt. Da aber der XX. Parteitag der KPdSU die ganze Fehlentwicklung in der Stalin-Ära einer einzigen Person anlastete und die sowjetische Gesellschaft für sakrosankt erklärte, kam aus Moskau kein Reformimpuls.

Gerhard Zwerenz hat schon 1966 die Vermutung geäußert, dass Ulbricht wahrscheinlich die Abkehr vom Stalinismus anders gewünscht hatte, als sie mit dem XX. Parteitag vollzogen wurde.<sup>14</sup> Zu denken gegeben haben wird 1956 allen Marxisten, die das Interview von Palmiro Togliatti mit der Zeitschrift "Nuovi Argumenti" lesen konnten, was auch für Ulbricht zutraf. Togliatti hatte erklärt: "Einst war alles, was gut ist, den übermenschlichen, positiven Eigenschaften eines einzigen Mannes zu verdanken - jetzt wird alles, was schlecht ist, den gleichermaßen außergewöhnlichen Mängeln desselben Mannes zugeschrieben. Im einen wie im andern Fall fehlt uns der Prüfstein zur Beurteilung. Die wahren Probleme treten dabei nicht zutage - so zum Beispiel, wie es kam, dass die Sowjetgesellschaft sich so weit vom selbst vorgezeichneten demokratischen Weg und von der Legalität entfernen konnte."<sup>15</sup> Togliattis Landsmann Domenico Losurdo verglich vor kurzem die unterschiedliche Auseinandersetzung mit dem Erbe von Stalin und von Mao Tsetung: "Es geht darum, den objektiv widersprüchlichen Charakter des Bewusstseinsprozesses zu betonen, und nicht den 'Verrat' oder die 'Degeneration' dieser oder jener Persönlichkeit. Indem Chruschtschow alles auf den 'Personenkult' reduzierte und Stalin dämonisierte, übernahm er dessen schlechteres Erbteil. Da er es ablehnte, in der Auseinandersetzung mit Mao ebenso zu verfahren, erbte Deng Xiaoping dessen bessere Seiten. Das Verfahren, für das sich die neue chinesische Führung entschied, hat jedenfalls die Delegitimierung der revolutionären Macht vermieden."<sup>16</sup> Ob Ulbricht bereits so tief in den Konflikt des Jahres 1956 eindrang, sei dahingestellt. Dass er in eine solche Richtung dachte, scheint aber wahrscheinlich.

Auf der 29. Tagung des ZK der SED verwandte Ulbricht den Begriff "Unglück", womit er andeutete, für wie problematisch er die Vorgehensweise Chruschtschows hielt: "Ihr wisst, dass wir vorsichtig sein müssen. Es ist ein wichtiges Dokument, das an einige Parteien geschickt wurde, in falsche, also gegnerische Hände gekommen. Das hat einen großen internationalen Schaden angerichtet. Ihr werdet verstehen, dass wir jetzt in solchen Dingen etwas vorsichtiger sind. Wahrscheinlich werden wir

jetzt so verfahren müssen, dass wir eine Reihe von Genossen zusammenrufen, sie mündlich informieren. Auf diese Weise werden dann die ZK-Mitglieder in den Bezirken informiert. Ich möchte also nicht, dass schriftliche Dokumente in diesen Fällen herausgegeben werden. Es ist ein Unglück passiert, und das genügt."<sup>17</sup> Auf der Parteiaktivtagung der Berliner Humboldt-Universität am 13. Juni 1956 erklärte Ulbricht: "Genosse Havemann hat in der Diskussion einige sehr interessante Hinweise gegeben. Er sagte, es sei bei der 'Fehlerkritik' so herausgekommen, als ob die Partei gegen das 'gute Alte' Fehler begangen habe. Er bemerkte richtig, dass die Gegner vom Recht reden, aber in Wirklichkeit in Westdeutschland ständig das Recht beugen. (Von WU durchgestrichen, der folgende Protokolltext:) In der Tat, selbst wenn man alle Fehler nimmt, die unter Stalins Führung in der Sowjetunion begangen wurden, oder Fehler, die in den Volksdemokratien begangen worden sind wie z. B. der Rayk-Prozess und der Kostoff-Prozess, so sind doch die Sowjetdemokratie und die Volksherrschaft in den volksdemokratischen Ländern tausendmal demokratischer als das verruchte System der Diktatur des Monopolkapitals in Westdeutschland, wo nur das Recht des Monopolkapitals besteht."<sup>18</sup> Dass er diese Textpassage durchstrich und für eine größere Öffentlichkeit nicht freigab, zeigt an, dass er sich seiner Bewertung nicht sicher war. Die Passage aber zeigt auch, dass er darum rang, eine offensive Auslegung vorzunehmen; auch dies musste misslingen, weil Moskau einen Rahmen vorgegeben hatte, der auf Delegitimierung des revolutionären Prozesses ausgelegt war.

Ulbricht hat vor allem auf der 29. Tagung, sicher auch unter dem Druck von Karl Schirdewan, Reformideen vorgetragen, die vor allem auf die Stärkung der Rechte der Arbeiter in den Betrieben gerichtet waren.<sup>19</sup> Sein Konzept der Arbeiterkomitees bedeutete letztlich die Wiederherstellung der Betriebsräte, weshalb er vor allem auf Widerstand von Seiten des FDGB stieß. Die Vertreter der Arbeiterkomitees sollten geheim gewählt werden und mehr Kandidaten, als gewählt werden konnten, sollten zur Wahl gestellt werden.

An die Bereitschaft Ulbrichts, sich an die Spitze der Reformkräfte zu stellen, hätten Walter Janka, Gustav Just und Wolfgang Harich anknüpfen sollen. Aber das Gespräch, das Ulbricht Harich gewährte, wurde dafür nicht genutzt. Es scheiterte. Über die Ursachen des Scheiterns ließ Harich nichts verlauten. Was zwischen Ulbricht und Harich am 7. November 1956 besprochen worden ist, wurde durch die Schilderungen Harichs in der Öffentlichkeit bekannt. In seinem Buch "Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit" verwandte er 21 Zeilen dafür. Er schrieb, dass das Gespräch nur 20 Minuten gedauert habe. Anders als bei dem Gespräch mit Botschafter Puschkin habe er kein Wort zu seiner Reform-Konzeption gesagt. Warum eigentlich nicht? Was aber sagte Harich? "Als ich mich ganz allgemein über unsichere Zeiten ausließ und zu verstehen gab, dass ich einen politischen Meinungsaustausch zwischen Führung und Intelligentsja, etwa im Rahmen der Akademie der Wissenschaften, für geboten hielt, schnitt Ulbricht mir das Wort ab mit dem Ausruf, schlecht sei an dieser Zeit, dass es Verräter gäbe, Lukács, Tibor Déry, Julius Hay und andere in Ungarn, erklärte er, alle seien sie Verräter. 'Und eines sage ich Ihnen: Wenn sich hier so etwas bilden sollte wie ein Petöfi-Club, das würde bei uns im Keim erstückt werden.' Auch die damit vernehmlich ausgesprochene Warnung habe ich in den Wind geschlagen."<sup>20</sup> Warum Ulbricht so heftig reagierte, teilte Harich dem Leser nicht mit. Ulbrichts Darstellung des Gesprächs wurde, da sie meines Wissens nie publiziert wurde, nicht so bekannt wie die von Harich.

Auf der Zentralen Arbeitskonferenz des ZK der SED schilderte Walter Ulbricht im Dezember 1956 sein Gespräch mit Harich: "Mir ist folgendes passiert: Ich habe Herrn Harich zu einer Besprechung bestellt. Da er Professor der Philosophie und Chefredakteur der Zeitschrift für Philosophie ist, wollte ich mich mit ihm darüber unterhalten, warum der Meinungsstreit in der Philosophie nicht vorwärts geht, warum man die neuen Probleme des Sozialismus nicht diskutiert, die Fragen der sozialistischen Moral usw. Nach fünf Minuten sagte mir Herr Harich: Wissen Sie, darum geht es gar nicht. Über den wissenschaftlichen Meinungsstreit gibt es keine Beschwerden. Der geht doch in der Öffentlichkeit so ganz gut vor sich. – Das interessierte ihn also gar nicht. Er sagte weiter: Es gibt viel wichtigere Fragen, zum Beispiel die Konsequenzen aus der

internationalen Lage. Es ist Zeit, dass die volle Selbständigkeit aller Volksdemokratien und aller Völker gesichert wird. – Ich fragte. Was sollen wir denn noch an Selbständigkeit bekommen? Mir ist das nicht ganz klar. Niemand beeinflusst unsere Politik. Es gibt bei uns keine Beauftragten, die die Regierung zu irgendwelchen Maßnahmen veranlassen. Was wollen sie eigentlich? Das ist mir unverständlich. – Er sagte: Wenn eine volle Selbständigkeit bestünde, wie würde das auf die Völker Afrikas, auf den Nahen Osten usw. wirken? – Er antwortete: Nun, das heißt die volle Selbständigkeit zum Beispiel auch der Staaten, die in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zusammengefasst sind. – Ich fragte zurück: Sie meinen also die Selbständigkeit der Ukraine und Sowjetrusslands? Ja, das auch. – Ich sagte: Jetzt verstehe ich das erst. Das hat in der Tat mit Philosophie nichts zu tun. Das ist nicht nur Konterrevolution. Das ist eine Konzeption für den Krieg. – Das war die ganz sachliche Unterhaltung, die wir hatten.“<sup>21</sup>

Dass sich Ulbricht als Realpolitiker auf solch ein abenteuerliches Konzept nicht einlassen konnte, scheint plausibel zu sein. Und Harich hat das wohl auch schnell begriffen, denn er berichtete im "Kreis der Gleichgesinnten" nicht darüber, womit er das Gespräch zum Scheitern gebracht hatte.<sup>22</sup> Seine Mitstreiter konnten vor allem deshalb auch keine richtigen Schlussfolgerungen für das weitere Vorgehen ableiten. Erst bei den Gesprächen zwischen Rudolf Augstein und Wolfgang Harich am 28. November 1956 erfuhr Harich eine frontale Zurückweisung. Augstein warf Harich vor, dass er einer Psychose gegen Ulbricht verfallen sei. Er halte dies für eine Dummheit. Ulbricht sei ein sehr energischer und geschickter Mann und den meisten Führern im Ostblock überlegen. Es komme nicht auf einen Führungswechsel in der SED an, sondern auf die Linie der Moskauer Politik. Wenn diese Linie richtig sei und das werde sie nach den polnischen und ungarischen Erfahrungen sicher werden, dann werde Ulbricht diese Linie in der DDR energischer und gründlicher durchführen, als seine Kollegen in den osteuropäischen Ländern. Harich widersprach heftig. Aber Augstein blieb bei seiner Auffassung. Ulbricht würde Harichs Auffassungen besser vertreten als Harich, wenn sich diese erst einmal in Moskau durchgesetzt hätten. Harich soll doch froh sein, dass die DDR diesen "wendigen alten Fuchs"<sup>23</sup> zum Parteiführer hat.

Zur Rolle Ulbrichts im Jahre 1956 wäre noch viel zu sagen, vor allem auch dazu, warum er nach der ungarischen Tragödie in dieser scharfen repressiven Art gegen die intellektuelle Opposition in der DDR<sup>24</sup> (u. a. mit Schauprozessen und hohen Zuchthausstrafen) vorgehen ließ, allerdings würde das den zeitlichen Rahmen dieses Beitrags sprengen. Als Konsequenz der ungarischen Ereignisse sah Ulbricht die Machtsicherung als Gebot Nummer 1 an. Politische Gegner schaltete er aus, aber im Unterschied zu Stalin ließ Ulbricht politische Kontrahenten am Leben. Auch richtete er Repression nicht gegen die ganze Intelligenz. Mit der Gründung des Forschungsrates der DDR bereits im Jahre 1957 wurde signalisiert, dass Wissenschaftler und Techniker eine vorrangige Förderung und Unterstützung erfahren.

Ulbrichts Sieg über die Opposition im Jahre 1956 war verbunden mit einer Unterdrückung jeglichen Ansatzes zu einem demokratischen Sozialismus, der als untaugliches Konzept der SPD galt und für die DDR abgelehnt wurde. Ulbrichts Kurs war ausgerichtet auf einen "realen Sozialismus" (andere Lesarten: "Staatssozialismus", "autoritärer Sozialismus"), der sich partiell am chinesischen Modell (bis 1960) und überwiegend am sowjetischen Modell orientierte, was einem Rückfall hinter die politische Demokratie der bürgerlichen Gesellschaft gleichkam. Das Volkseigentum verharrte auf der Stufe des Staatseigentums, was bedeutete, dass es zu keiner realen Vergesellschaftung der Produktionsmittel kam und die Entfremdung weiter wirkte. Die 1958 proklamierte sozialistische Demokratie ("Arbeite mit, plane mit, regiere mit!") bot Entfaltungschancen, allerdings nur in einem begrenzten Rahmen. Eine sich verselbständigende Bürokratie bediente sich der Zentralisierung und des bürokratischen Zentralismus. Der "reale Sozialismus" verfügte gegenüber seinen Bürgern nur über eine geringe Bindekraft. In den Westen gingen auch viele Bürger der DDR, die sich an sozialistischen Idealen orientierten. Der Bildhauer René Graetz erklärte zu dem Phänomen, dass eine große Zahl links eingestellter Kunststudenten der DDR in den Westen gingen, 1956 vor Funktionären des ZK der SED: "Zwei Drittel der Schüler im Westen kommen vom Osten. Das ist eine Katastrophe. Das ist ein Ergebnis unserer



Politik. Unsere Schüler wissen überhaupt nichts über moderne Kunst. Sie haben hierüber nur gelernt: Das ist Unterstützung des Imperialismus, das ist reaktionär usw. – Die Zeit von 1900 bis heute ist für diese ganze Generation ein vollkommen unbekanntes Blatt. Lenin sagte einmal: Man muss von allen lernen.“<sup>25</sup>

Solche Meinungsäußerungen, die den Anstoß zu Veränderungen hätten geben können, wurden als "Unklarheiten" abgetan. Wie sollte es aber bei dem weiter herrschenden Dogmatismus des SED-Apparates zu einer spontanen Identifikation jedes einzelnen Individuums mit dem gesellschaftlichen Ganzen kommen? Gerade auch hausgemachte Fehler der von Walter Ulbricht geführten SED trugen Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre zur Zuspitzung der Lage in der DDR bei:

- Das irreal überholmanöver des V. Parteitages der SED gegenüber der Bundesrepublik, das 1961 zum Überholen im Pro-Kopf-Konsum und 1965 zum Überholen in der Arbeitsproduktivität führen sollte (Siegenjahrplan 1959).

- Die überstürzte Einführung der zehnjährigen polytechnischen Oberschulbildung, die durch den verspäteten Berufsstart von etwa 80 Prozent zweier Altersjahrgänge die akute Arbeitskräftesituation weiter zuspitzte.

- Die Kampagne des "sozialistischen Frühlings" 1960, die zu dem hohen Preis des Rückgangs der agrarischen Bruttoproduktion den Zusammenschluss in Agrargenossenschaften im Vergleich zum Siebenjahrplan (1965) vorfristig abschloss.

- Die in zweistelliger Milliardenhöhe getätigte Fehlinvestition in die Flugzeugindustrie, die ein kleines Land wie die DDR nicht so ohne weiteres verkraften konnte. Wären die Mittel für die Flugzeugindustrie in die Rationalisierung der Industrieproduktion gesteckt worden, hätte ein bedeutender Produktivitätszuwachs erreicht werden können.

Die Krise des Jahres 1961 bewirkte bei Ulbricht ein Umdenken und machte ihn als Staatsmann im folgenden Dezennium in höherem Grade weise als zuvor, worüber hier nicht mehr zu sprechen ist. Abschließend soll hinterfragt werden, was der antikommunistische Zeitgeist im Juni 1961 Ulbricht fälschlich als "Jahrhundertlüge" anlastet. Auf einer internationalen Pressekonferenz am 15. Juni 1961 hatte Walter Ulbricht auf eine Anfrage von Annemarie Doherr von der "Frankfurter Rundschau" zutreffend erklärt, dass er nicht die Absicht habe, eine Mauer zu errichten. Auf die Frage des "Spiegel", ob die Kontrolle über die Luftsicherheit auch die Kontrolle der Passagiere einschließe, erklärte Ulbricht: "Ob die Menschen zu Lande, zu Wasser oder in der Luft in die DDR kommen, sie unterliegen unserer Kontrolle ... Wir machen es genauso, wie man es in London macht. Damit ist die Sache in Ordnung.“<sup>26</sup>

Was Ulbricht hier gesagt hat, war nichts als die Wahrheit. Im Juni 1961 verfolgte weder die Sowjetunion noch die DDR das Ziel, in Berlin eine Mauer zu errichten. Zu dieser Zeit wurde Kurs darauf genommen, den Flughafen Berlin-Schönefeld als Zentralflughafen für die Ost- und Westberliner auszubauen. Für den um Berlin entstandenen Konflikt wurde eine "Luftlösung" angestrebt. Das wäre eine Lösung im Interesse der Bürger in Ost und West gewesen. Unter Berufung auf alliierte Rechte blockierten aber die Westmächte eine "Luftlösung", weshalb Nikita Chruschtschow sich Ende Juli 1961 für eine Abriegelung zu Lande entschied<sup>27</sup>, der die Warschauer Vertragsstaaten und Volkskammer und Regierung der DDR in den folgenden Tagen zustimmten. Diese "Mauer"-Lösung ist also keineswegs ohne Zutun des Westens erfolgt.<sup>28</sup>

## Anmerkungen

1 Gerhard Zwerenz: Walter Ulbricht, Archiv der Zeitgeschichte, München – Bern – Wien 1966, S. 25.

2 Ebenda.

3 Boris Chavkin: Moskau und der Volksaufstand in der DDR, in: Boris Chavkin: Verflechtungen der deutschen und russischen Zeitgeschichte. Ediert von Markus Edlinger sowie mit einem Vorwort versehen von Leonid Luks. Ibidem 2008, S. 234.

4 Ebenda, S. 233.

5 Vgl. Wilfriede Otto: Die SED im Juni 1953. Interne Dokumente, Berlin 2003, S. 39.

6 Protokoll der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1952, S. 58.

- 7 Vgl. Walter Ulbricht: Lehren des XIX. Parteitages der KPdSU für den Aufbau des Sozialismus in der DDR, Berlin 1952.
- 8 Belegt werden kann das mit der von Konstantin Simonow angefertigten Mitschrift der zweistündigen Rede Stalins auf der ersten KPdSU-Plenartagung nach dem XIX. Parteitag der KPdSU, die erst 1989 veröffentlicht wurde. Vgl. Konstantin Simonow: Mit den Augen eines Menschen meiner Generation. Nachdenken über Stalin, in: Sowjetliteratur, Moskau 1989, H. 6, S. 56.
- 9 Vgl. Gustav Just: Deutsch, Jahrgang 1921. Ein Lebensbericht, Potsdam 2001, S. 92 f.
- 10 Vgl. Siegfried Prokop: Paukenschlag im Kalten Krieg. Die Churchill-Initiative vom 11. Mai 1953 zur deutschen Frage, in: junge Welt, 10./11. Mai 2003, S. 10/11.
- 11 Karl Schirdewan: Aufstand gegen Ulbricht, Berlin 1994, S. 79.
- 12 Aus dem Bericht Karl Schirdewans an die 29. Tagung des ZK. Überarbeitetes Protokoll des 29. Plenums des ZK der SED vom 12. bis 14. November 1956. Als parteiinternes Material gedruckt, Nr. 00843, S. 6.
- 13 Vgl. FKK in der DDR. Zusammengestellt von Thomas Kupfermann, Berlin 2008, S. 45.
- 14 Vgl. Zwerenz, a.a.O., S. 17.
- 15 Archiv der Gegenwart. CD-Rom 1999, S. 05826; Freies Volk (Düsseldorf), 26. Juni 1956.
- 16 Domenico Losurdo: Den Widerspruch des Sozialismus beherrschen. In: junge Welt, 10.04.2008, S. 11.
- 17 SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/1/123.
- 18 SAPMO-BArch, NY 4182/502, Bl. 7.
- 19 Vgl. Jochen Czerny: Die 29. ZK-Tagung, die Arbeiterkomitees und das Dilemma der Mitbestimmung, und Siegfried Prokop: Die internationale Beratung über Veränderungen in der Gewerkschaftsarbeit sozialistischer Länder im Oktober 1956 in Sofia. Beide in: Gewerkschaften und Betriebsräte im Kampf um Mitbestimmung und Demokratie 1919 - 1994, Bonn 1994, S. 97 ff. und S. 182 ff.
- 20 Wolfgang Harich: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Zur nationalkommunistischen Opposition in der DDR, Berlin 1993, S. 45.
- 21 SAPMO-Arch, DY 30/IV 2/1.01/314, Bl. 43/44.
- 22 Vgl. Siegfried Prokop: 1956 - DDR am Scheideweg. Opposition und neue Konzepte der Intelligenz, Berlin 2006, S. 164 - 166.
- 23 Ebenda, S. 200.
- 24 Guntolf Herzberg: Anpassung und Aufbegehren. Die Intelligenz der DDR in den Krisenjahren 1956/58, Berlin 2006.
- 25 SAPMO-Arch, DY 30 2/1.10/308, Bl. 25.
- 26 Erläuterungen Walter Ulbrichts zur Politik der DDR zum Friedensvertrag und zur Westberlinfrage auf einer internationalen Pressekonferenz, in: Neues Deutschland, Berlin, 16. Juni 1961.
- 27 Vgl. Hans Kroll: Lebenserinnerungen eines Botschafters, Köln/Berlin 1967, S. 512.
- 28 Ausführlicher vgl. Siegfried Prokop: Der 13. August 1961 - Geschichtsmymthen und historischer Prozess, in: Kurt Frotscher/Wolfgang Krug (Hrsg.): Die Grenzschießung 1961. Im Spannungsfeld des Ost-West-Konfliktes, Schkeuditz 2001, S. 55 ff.

Prof. Dr. Gerhard Fischer

### **Walter Ulbricht und die Blockpolitik**

Hinter der Frage, wie sich Walter Ulbricht zur Blockpolitik verhielt, steht die umfassendere Frage: Welche Haltung vertrat er in der Bündnispolitik? Ich möchte mit fünf Thesen eine Antwort darauf versuchen.

Dreh- und Angelpunkt des Denkens und Wirkens von Walter Ulbricht war das Bestreben, die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei durchzusetzen, so wie sie zu seiner Zeit verstanden wurde. Aber als Realpolitiker wusste er

auch, dass die Arbeiterklasse und ihre Partei die antifaschistisch-demokratische Ordnung nicht allein errichten, den Sozialismus nicht allein aufbauen, den Frieden nicht allein sichern konnten; dazu waren die Aufgaben zu schwierig und die Bedingungen für ihre Lösung zu kompliziert. Um die Probleme zu bewältigen, brauchten sie Partner – die Arbeit musste von möglichst vielen demokratischen Kräften getragen werden. Verständnis für diese Zusammenhänge war bei Walter Ulbricht vor allem in der Zeit der Nazidiktatur und des antifaschistischen Kampfes gereift.

Auf dem VII. Weltkongress der Komintern befürwortete er u. a. das Zusammengehen mit christlichen Hitlergegnern. Die vielen Appelle der KPD-Führung in dieser Richtung, die sich namentlich mit den Konferenzen von "Brüssel" und "Bern" verbinden, und die Anfänge einer Deutschen Volksfront in Paris wurden von ihm mitverantwortet. Er nahm aktiv an der Arbeit des Nationalkomitees "Freies Deutschland" teil und leitete die Kommission des Politbüros, die seit Anfang Februar 1945 das Aktionsprogramm für den "Block der kämpferischen Demokratie" ausarbeitete, eine Richtschnur für die Aktivität der Kommunisten beim demokratischen Neuaufbau im Nachkriegsdeutschland und eine Grundlage für den Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945.

Für die Zeit unmittelbar nach der Befreiung unseres Landes wird Walter Ulbricht der Ausspruch zugeschrieben: "Es muss alles demokratisch aussehen, aber wir" – das heißt die Kommunisten – "müssen alles in der Hand behalten." Ich glaube dennoch: Für Ulbricht war die Bündnispolitik mehr als bloße Fassade. Sie war ihm natürlich – wie jedem Politiker jegliche Politik – Mittel zum Zweck, aber zu einem Zweck, der in seinen Augen, wie in den Augen der SED überhaupt, richtig und notwendig war und im Interesse aller Fortschrittkräfte lag: den Faschismus mit der Wurzel auszurotten, unser gesellschaftliches Leben demokratisch zu erneuern und zu gewährleisten, dass von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehe.

Diese Überzeugung bestimmte Ulbrichts Position auch zu den bürgerlich-demokratischen Parteien in jener Periode: Er wollte mit ihnen, wie er einmal mit Bezug auf Andreas Hermes sagte, ein Stück Weges gemeinsam gehen. Die Länge dieses Wegstücks hing zu einem Gutteil von der Haltung seiner jeweiligen Partner ab. Manche Wege trennten sich früher oder später; andere führten weiter, bis zur gemeinsamen Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR.

Ob das gelang, hing spätestens seit der 2. Parteikonferenz der SED 1952 davon ab, ob die Partner bereit waren, die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei anzuerkennen. In diesem Falle war Walter Ulbricht willens und imstande, mit ihnen ehrlich zusammenzuarbeiten – sei es im Demokratischen Block und in der Nationalen Front, sei es in der Volkskammer oder im Ministerrat. Sobald er gegenläufige Tendenzen vermutete, schlug seine Bereitschaft zur Gemeinsamkeit ins Gegenteil um. Ein einziges Beispiel: Im Januar 1953 wurde der stellvertretende CDU-Vorsitzende Georg Dertinger verhaftet. Der hatte in Kleinmachnow gewohnt und der dortigen CDU-Ortsgruppe angehört, war aber als Außenminister auch in der CDU-Betriebsgruppe "Ministerien" erfasst und hatte dort Vertraute. Kurz nach seiner Inhaftierung erklärte Ulbricht, ihm sei keine gesetzliche Bestimmung bekannt, die den bürgerlich-demokratischen Parteien erlaube, Betriebsgruppen zu bilden. Wir in der CDU-Parteileitung erfuhren von dieser Äußerung durch die Veröffentlichung im "Neuen Deutschland". Eigentlich hätten wir erwidern können, uns sei auch keine gesetzliche Grundlage für die Tätigkeit von Betriebsorganisationen der SED bekannt. Allerdings wäre das wohl der CDU nicht gut bekommen. Also lösten wir sämtliche CDU-Betriebsgruppen auf. Mit anderen Worten: Eine gewisse Ambivalenz, abhängig von der jeweiligen Situation, lässt sich der Haltung Ulbrichts in Fragen der Blockpolitik nicht absprechen.

Mit wachsender Festigung der DDR und ihrer Gesellschaftsverhältnisse stabilisierten sich bei Walter Ulbricht die positiven Wertungen der Blockpolitik. Vorschläge und Hinweise der anderen Parteien nahm er bereitwillig auf. Das erwies sich etwa bei der Initiative der CDU zur Einführung der staatlichen Beteiligung an Privatbetrieben 1956, und das setzte sich ab 1960 auf höherer Ebene fort, also seit seiner Wahl zum Vorsitzenden des Staatsrates, in den er sofort führende Vertreter der anderen

Parteien als seine Stellvertreter oder als Mitglieder berief. Dafür spricht auch, was er auf SED-Parteitag in jener Zeit über die Rolle der befreundeten Parteien äußerte.

Bedeutsam war in dieser Hinsicht nicht zuletzt, dass Ulbricht der Existenz und Aktivität der betreffenden Parteien einen hohen Stellenwert für die Außenwirkung der DDR beimaß und dass umgekehrt ihm Auslandsreisen neue Erkenntnisse vermittelten. So bekannte er nach einem Aufenthalt in der VAR zur Zeit Nassers, er habe in diesem vom Islam geprägten Land deutlich gemerkt, dass weltanschaulich ganz unterschiedliche Motive zur Entscheidung für einen sozialistischen Weg führen könnten.

In Erinnerung bleiben in diesem Zusammenhang Ulbrichts Zusammenkunft mit einer Delegation christlicher Bürger unter Leitung des Leipziger Theologieprofessors D. Emil Fuchs am 9. Februar 1961 und Ulbrichts Wartburg-Gespräch mit dem Thüringer evangelisch-lutherischen Landesbischof Moritz Mitzenheim am 18. August 1964 - zwei Begegnungen, die meine damalige Partei mit vorbereitet hatte bzw. in ihrer Arbeit umfassend auswertete. Davon wird auf unserem Kolloquium noch gesondert die Rede sein.

Erfahrungen der genannten Art wiederum bestärkten Walter Ulbricht offenbar in der Annahme, in der DDR bilde sich eine sozialistische Menschengemeinschaft heraus. So rief er auch die mit der SED befreundeten Parteien wiederholt dazu auf, von den Interessen des ganzen Volkes auszugehen und Verantwortung für das gesellschaftliche Ganze zu übernehmen. Diese Entwicklung brach nach dem VIII. Parteitag der SED nicht ab, aber setzte sich - um es zurückhaltend auszudrücken - in sehr modifizierter Weise fort. Doch das ist schon nicht mehr der Zeitraum, der hier zur Debatte steht.

Dr. Hans Reichelt

### **Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft und Walter Ulbricht**

Zehn Jahre lang hatte W. Ulbricht mit mir als Landwirtschaftsminister, Mitglied der DBD, bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft gearbeitet. Es ist deshalb von großem Interesse, die heutige Sicht marxistischer Forscher auf sein Werk und seine Person kennen zu lernen. In den siebziger und achtziger Jahren hatte ich auch als Minister unter Honecker gearbeitet, was sicher meine Sicht beeinflusst.

W. Ulbricht habe ich nach der 2. Parteikonferenz der SED, während der ganzen Periode der Umgestaltung der einzelbäuerlichen zur genossenschaftlichen Landwirtschaft erlebt, als Arbeiterführer und Staatsmann mit Visionen, welche heutigen Politikern völlig abhanden gekommen sind. Sein Wirkungsfeld war universell, viel umfassender als zum Beispiel bei Adenauer. Er vermochte gesellschaftliche Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, Schlüsse zu ziehen und Veränderungen durchzuführen. Er suchte stets die Verbindung zu den Werktätigen und ihre Stimmung zu kennen, arbeitete an der Entwicklung der Demokratie in den Betrieben und der Gesellschaft. Gegen Abschottung und Schönfärberei wehrte er sich. Auch in kompliziertesten Situationen behielt er die Übersicht und die Fähigkeit zu handeln.

Als die 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus und damit in der Landwirtschaft die Gründung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) beschloss, lagen dem konkrete

gesellschaftliche Entwicklungen zugrunde. In der Landwirtschaft hatten der durch den Krieg hervorgerufene Mangel an Technik, die Übernahme von Bodenreformland, oft durch wenig erfahrene Neubauern, das Fehlen Zehntausender Bauern auf den Höfen u. a. dazu geführt, dass bereits Ende der vierziger Jahre sich Bauern und Bäuerinnen zur gemeinsamen Produktion und zu Produktivgenossenschaften vereinigen wollten. Sogar Statuten waren ausgearbeitet. Diese Entwicklung wurde unterbunden.

Anfang der fünfziger Jahre bildeten sich neben den bäuerlichen Genossenschaften im Versorgungs- und Handelsbereich auch im Produktionsbereich Bestell-, Ernte-, Drusch- und Rodegemeinschaften. Waren es 1951 10 053 Gemeinschaften mit rund 335 000 Mitgliedern, so gab es 1953 fast die fünffache Anzahl. Diese Gemeinschaften bildeten eine entscheidende Bedingung für den Übergang zu LPG.

Zum anderen musste die neue Technik auf das rationellste eingesetzt und die Arbeitsproduktivität gesteigert werden. Über allem war die landwirtschaftliche Markt-, die Nahrungsgüterproduktion schnell zu steigern. Die Forderungen nach der Aufhebung der Lebensmittelrationierung wurden immer zwingender. Auch die Rückstände in der kulturellen und sozialen Entwicklung auf dem Lande waren schrittweise zu überwinden. Schließlich benötigte schnell wachsende Industrie, Verkehr und Handel Arbeitskräfte, die vorwiegend aus der Landwirtschaft freigesetzt werden sollten. Den Weg zur Lösung aller dieser Probleme und damit zur Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse sah W. Ulbricht in der Vergenossenschaftlichung der landwirtschaftlichen Produktion, der Bildung von LPG.

Bei der Abstimmung der Linie der 2. Parteikonferenz am 7. April 1952 durch Pieck, Grotewohl und Ulbricht mit Stalin, Teilnehmer waren auch Molotow, Malenkow, Bulganin und Mikojan, stimmte Stalin, nach den handschriftlichen Aufzeichnungen von W. Pieck, dem Übergang zur genossenschaftlichen Produktion zu. "Stalin ... Auch Schaffung von Produktiv-Genossenschaften im Dorfe, um Großbauern einzukreisen. Geschickt im Herbst beginnen. Beispiele schaffen. Vergünstigungen, Saatgut, Maschinen. Instruktoren zur Verfügung. Niemand zwingen. Nicht schreien Kolchos-Sozialismus. Tatsachen schaffen ..." Die Bildung von Produktivgenossenschaften, um "Großbauern einzukreisen", entsprach vermutlich dem Denken Stalins in Klassenkampfkategorien. Es gab, wie dargestellt, weit gewichtigere Gründe.

Zwei Prinzipien waren von Beginn an bestimmend: die LPG mussten den Erfahrungen der Bauern und Bäuerinnen – besonders im Genossenschaftswesen und der gegenseitigen Bauernhilfe – entsprechend gebildet und organisiert werden und durften, auch bei Übernahme der Erfahrungen aus der SU, keine Kolchosen sein. Der Eintritt musste freiwillig erfolgen. Das setzte nicht nur Transparenz, wie heute unablässig gefordert, voraus, sondern die weit entwickelte Demokratie.

Für die Anleitung der Genossenschaftsbildung wurde in der SMAD Prof. Stupow, ein Spezialist der Kolchosordnung und -organisation, eingesetzt. Er kam direkt aus Bulgarien, wo er die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft mit organisiert hatte. Bei der Ausarbeitung der Statuten der LPG und der Betriebsordnungen kam es sehr bald zu prinzipiellen Auseinandersetzungen. In deren Ergebnis setzte sich W. Ulbricht durch. Der Boden blieb im Eigentum der Bauern und wurde nicht verstaatlicht. Entsprechend den Wünschen der Bauern gab es drei Typen von LPG, die einen schrittweisen Übergang zur gemeinsamen Wirtschaft in der Pflanzen- und Tierproduktion ermöglichten. Auch die Regelungen für die individuelle Hauswirtschaft gehörten hierzu. Die weitgehenden Bestimmungen über die innergenossenschaftliche Demokratie berücksichtigten die Eigentumsverhältnisse und schufen Vertrauen für den LPG-Eintritt. Schließlich wurde auch nach Stalins Tod der Eintritt von Großbauern in die LPG ermöglicht. Auf Grund dessen ist es ahistorisch, von einer Kollektivierung oder sogar Massenkollektivierung zu schreiben. Bürgerliche Medien wenden diese Begriffe zur Diskriminierung einer erfolgreichen Entwicklung auf dem Lande in der DDR an.

Die Umgestaltung der Landwirtschaft war von Anfang bis Ende "Chefsache" von W. Ulbricht, ohne dass solches verkündet wurde. Anders als heute, da allerhand wichtiges und unwichtiges als Chefsache der Bundeskanzlerin öffentlich verkündet wird, ohne dass entsprechendes geschieht.

In den Jahren der Umgestaltung hat, bis auf ein Jahr, W. Ulbricht auf den jährlichen "Konferenzen der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG" das Hauptreferat gehalten und die weitere Entwicklungsrichtung angegeben. Zur Vorbereitung lud er etwa 20 Personen, neben dem Präsidenten der Landwirtschaftsakademie, dem Vorsitzenden der DBD, dem Landwirtschaftsminister, Parteifunktionären, erfahrene, ideenreiche und kritische LPG-Vorsitzende, ein. Nach kurzer Einleitung erwartete er eine offene Darlegung zur Lage in der Landwirtschaft, besonders der Stimmung unter den Bauern, sowohl den Genossenschafts- wie den Einzelbauern, und Vorschläge für die weitere Entwicklung. Hier suchte er tief in die Problematik einzudringen. Unterbrochen wurden sehr abrupt allgemeine Darlegungen.

Ich erinnere mich, dass er in einem Jahr mit der Einschätzung der Lage unter den Bauern von keiner Seite einverstanden war und Arbeitsgruppen, heute wären es "Unabhängige Gutachter", einsetzte, um die Realität zu erfahren. Er suchte häufig bei Besuchen in den Dörfern, am liebsten ohne große Begleitung, und in Bauernausprachen die Meinungen, Vorschläge und Kritiken kennen zu lernen. Nicht selten wog die Meinung von Bäuerinnen und Bauern schwerer als die des Ministers.

Auf den Konferenzen wurde jährlich in offener Aussprache Rechenschaft gelegt, auch von der Nahrungsgüterwirtschaft, der Agrarwissenschaft, den Ministerien für Landwirtschaft, Maschinenbau, Chemie und Bauwesen, und es wurden neue Aufgaben beraten. Für alle LPG verbindliche Empfehlungen, zum Beispiel für die Betriebs- und Arbeitsorganisation, die Normierung und Vergütung der Arbeit, die Anwendung neuer wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse und praktischer Erfahrungen, die Gestaltung von Kooperationen zu anderen Wirtschaftszweigen wurden ebenso wie die Entwürfe für Gesetzes- oder Ministerratsvorlagen beschlossen.

Die Frage, wie die Bauern und Bäuerinnen unmittelbar an der Gestaltung der Agrarpolitik beteiligt werden können, bewegte W. Ulbricht über alle Jahre hindurch. Die gesetzlichen Regelungen durch die Volkskammer bzw. den Ministerrat wurden zuvor in den Mitgliederversammlungen der LPG und der Öffentlichkeit diskutiert und, wo erforderlich, Ergänzungen oder Abänderungen vorgeschlagen. Das betraf zum Beispiel das Gesetz über die LPG, die Musterstatuten und Betriebsordnungen, langfristige Konzeptionen für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik und besonders für die Aus- und Weiterbildung der Genossenschaftsmitglieder und deren Nachwuchses. Alles Erfahrungen, deren Anwendung für die "Demokratie" Bundesrepublik Deutschland längst fällig sind, wie zum Beispiel für eine Deutsche Verfassung, den Vertrag über die EU, das Sozialkonzept der nächsten Jahre oder die Maßnahmen zur Beseitigung der Ungleichentwicklung in Ostdeutschland. Es ist sicher unbestritten, dass dadurch die viel geschmähte Politikverdrossenheit mit beseitigt werden könnte.

In der Landwirtschaft wurden, was heute in Vergessenheit geraten ist, die Grundsätze des Neuen Ökonomischen Systems des Sozialismus am weitesten verwirklicht. Das betraf zum Beispiel die Einführung von Vertragsbeziehungen zwischen Betrieben anstelle einer Vielzahl von Planvorgaben (letztere wurden rigoros begrenzt), die Eigenerwirtschaftung der Mittel, die Entscheidung zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Tätigkeit dort, wo es am sachkundigsten erfolgen konnte, und die Durchführung einer Agrarpreisreform. Hierbei wurden vor der Beschlussfassung durch den Ministerrat die Auswirkungen dieser Reform in den LPG berechnet, da diese nach den natürlichen und ökonomischen Bedingungen sehr unterschiedlich ausfielen. In der Folgezeit wurde leider manche ökonomische Regelung wieder durch administrative Maßnahmen verdrängt.

1956 wurde als beratendes Organ des Ministerrates ein LPG-Beirat beim Ministerrat mit 50 Vorsitzenden und Spezialisten der LPG, zehn Vertretern der MTS, fünf der örtlichen Staatsorgane und Partei- und Staatsfunktionären gebildet. Analoge Beiräte wurden bei den örtlichen Räten geschaffen.

Um eine direkte Verantwortung der Bauern an der Leitung des Staates und der Gesellschaft zu erreichen, wurden Anfang der sechziger Jahre Landwirtschaftsräte zentral, in den Bezirken und Kreisen gebildet. Die Idee dazu kam W. Ulbricht in Rumänien Ende der fünfziger Jahre. Hier erläuterte der Generalsekretär die Arbeit entsprechender bäuerlicher Organe. Ich erhielt den Auftrag, alle Unterlagen über deren Wirken zu beschaffen und mit dem Leiter der Rechtsabteilung der SED-Führung entsprechende Vorschläge auszuarbeiten.

Die Landwirtschaftsräte in der DDR besaßen auf allen Ebenen einen großen Einfluss sowohl bei der Planung, operativen Arbeit, Kontrolle über die Durchführung von Gesetzen und Beschlüssen, wie auch der langfristigen Entwicklung. Die staatlichen Landwirtschaftsorgane, Ministerium, Bereiche für Landwirtschaft der örtlichen Räte, wurden ihnen als Produktionsleitungen mit zugeordnet.

Die gesellschaftliche Umgestaltung war mit Auseinandersetzungen zu falschen Auffassungen oder Vorbildern verbunden. So waren die Vorschläge von Vieweg, heute von manchem Historiker als versäumte Reform dargestellt, hauptsächlich auf ein Abbremsen der genossenschaftlichen Entwicklung und die Stärkung einzelbäuerlicher Wirtschaften gerichtet. Dabei war eine versprochene kurzfristige Steigerung der Marktproduktion in diesen Betrieben anstelle der in den genossenschaftlichen mehr als fraglich und unbewiesen.

Ende der sechziger Jahre wurde zur agra in Leipzig, die unter Beteiligung anderer sozialistischer Länder durchgeführt wurde, von W. Ulbricht entschieden, dass die von chinesischer Seite vorgesehene Darstellung von Volkskommunen nicht erfolgt. Dieser Weg wurde als Irrweg und Rückschritt angesehen.

Rigoros war W. Ulbricht, wenn es um die Stärkung der Partei und hier besonders um die Verankerung ihres Einflusses auf dem Lande ging. Das bekam auch die DBD zu spüren. Die SED hatte in jeder Hinsicht den größten Anteil an der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft. Sie hatte in dieser Zeit an Ansehen und Vertrauen gewonnen. Gestützt auf die MTS und deren politische Abteilungen wurden sehr zügig Mitglieder gewonnen und neue Betriebsgruppen gebildet. Ab 1953 sollte die vier Jahre zuvor gegründete DBD, die die werktätige bäuerliche Bevölkerung, die von der SED noch nicht erreicht worden war, stärker an der demokratischen Entwicklung beteiligte, nur noch die Parteimitglieder, nicht die parteilosen Bauern und Bäuerinnen für die LPG gewinnen. Die Werbung neuer Mitglieder für die Partei wurde begrenzt, keine Land- und Forstarbeiter sowie Angestellte sollten gewonnen werden, Betriebs- und Schulgruppen waren aufzulösen und keine neuen zu gründen. Als sich die Gewinnung aller Bäuerinnen und Bauern für die LPG als kompliziert erwies, wurde die Umgestaltung der Landwirtschaft schließlich als eine Angelegenheit aller gesellschaftlichen Kräfte, aller Parteien und staatlichen Organe erklärt.

Nach dem Abschluss der LPG-Gründung übernahm 1963 die SED von der DBD die Verantwortung für die staatliche Leitung der Landwirtschaft auf allen Ebenen. Erst im November 1989 stellte die DBD wieder den Landwirtschaftsminister. 25 Jahre hindurch hatte es nicht einmal für einen der vielen Stellvertreter gereicht.

Die DBD mit ihren 86 000 Mitgliedern hatte nach der LPG-Gründung in ihren Reihen 3276 Vorsitzende von LPG, über 10 000 Vorstandsmitglieder und fast 20 Prozent aller wissenschaftlich ausgebildeten Führungskräfte in den LPG. Sie war zu einer selbstbewussten, in den Dörfern lebende und gestaltende gesellschaftliche Kraft geworden, mit großem Zusammenhalt und enger Volksverbundenheit. Ihre alternativlose Entfernung aus der staatlichen Leitung hat das Vertrauen nicht weniger Mitglieder zu SED gestört. Die Bereitschaft und den Willen einer großen Mehrheit, aktiv an der Gestaltung der sozialistischen

Gesellschaft, besonders der Landwirtschaft, mitzuarbeiten, hat es nicht aufhalten können. Dafür sprechen auch noch heute die große Anzahl von Agrargenossenschaften und anderen Gemeinschaftsunternehmen in der Landwirtschaft.

Prof. Dr. Günter Wirth

### **Walter Ulbricht, die christlichen Bürgerinnen und Bürger und die Kirchen**

Immer wieder habe ich die Beobachtung gemacht, dass in der Wertung geschichtlicher Vorgänge und in der Würdigung historischer Persönlichkeiten eine Komponente unberücksichtigt bleibt, die allerdings marginal erscheinen mag, in Wirklichkeit aber durchaus Relevanz aufweisen kann, nämlich die kirchengeschichtliche, kirchenpolitische, allgemein die religiöse. Diese Beobachtung ist im Blick auf die unterschiedlichsten historiographischen Schulen zu machen. Von hier aus einige Bemerkungen zu Ihrer Thematik.

Es ist wohl unbestritten, dass der Beliebtheitsgrad von Walter Ulbricht in der DDR-Bevölkerung in den fünfziger Jahren nicht gerade Höchstwerte aufwies, dies zumal in bürgerlichen Kreisen einschließlich der eigentlich seit 1952 die SED als führende Kraft anerkennenden bürgerlichen Parteien. In den Kirchen galt Ulbricht als Inbegriff des Kirchenfeindes, und für die Auseinandersetzungen um die Junge Gemeinde und die Studentengemeinden 1952/53, die demonstrative Wiedereinführung der 1950 eingestellten Jugendweihe 1954 galt er als der Initiator, und auch die 1958 auf atheistische Positionen festgelegten weltanschaulichen Normen der SED, des Marxismus-Leninismus, wurden mit ihm in Verbindung gebracht. Dass Ulbricht 1953 überdies ironisch erklärt hatte, in einer sozialistischen Stadt wie StalinStadt (Eisenhüttenstadt) sei natürlich eine Kirche völlig überflüssig, verwunderte denn auch niemanden. Übrigens hatte die Unbeliebtheit Ulbrichts in manchen kirchlichen Kreisen eine paradoxe Nuance: Da er, der "Spitzbart", dem kirchlichen "Spitzbart", nämlich Bischof Dibelius, nicht unähnlich sah, übertrug mancher innerkirchliche Gegner des Bischofs seine Abneigung zusätzlich auf Walter Ulbricht.

Als langjähriger Mitarbeiter Otto Nuschkes weiß ich, dass der CDU-Vorsitzende ein mehr als gebrochenes Verhältnis zum Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten hatte, was umgekehrt ebenso der Fall gewesen sein soll. Jedenfalls hielt sich in führenden Kreisen der CDU 1953 lange das Gerücht, Ulbricht habe anlässlich der Entführung Otto Nuschkes nach Westberlin am 17. Juni (1953) die zynische Bemerkung gemacht, dass er schon lange mit der Flucht Nuschkes gerechnet hätte, "und die haben wir ja jetzt" - nur mit dem Unterschied, dass der CDU-Vorsitzende auch in dieser außergewöhnlichen Situation nicht sprachlos war wie andere, unter ihnen Ulbricht, sondern in die ihm hingehaltenen RIAS-Mikrofone Klartext sprach, der auch manchen SED-Funktionär an diesem Tag einen anderen Otto Nuschke kennen lernen ließ.

Demgegenüber hatte Otto Nuschke ein kollegiales, um nicht zu sagen: mehr als kollegiales Verhältnis zu Otto Grotewohl und ein ausgeprägt freundschaftliches zu Wilhelm Pieck, den er in einer Rede einmal als den Pater patriae würdigte. Nuschke hatte damit eine in weiten Kreisen der DDR-Bevölkerung verbreitete Stimmung aufgenommen. Jedenfalls erinnere ich mich daran, wie 1960 auf einer Tagung der Christlichen Friedenskonferenz in Prag der aus Nuschkes Generation stammende, angesehene Leipziger Theologe Alfred Dedo Müller, Freund des Pazifisten Friedrich Wilhelm Foerster und Mitbegründer der



Leipziger CDU, mehrmals auf mich zukam mit der besorgten Frage nach dem Gesundheitszustand Wilhelm Piecks, und als ich ihm dann eines Tages sagen musste, Wilhelm Pieck sei gestorben, zeigte er eine deutliche Bekundung persönlicher Trauer.

Offensichtlich spielten für Walter Ulbricht solche Vorstellungen von einem Pater patriae eine gewisse Rolle, als er 1960 zwar eine kollektive Präsidenschaft favorisierte, aber als Vorsitzender des Staatsrates doch präsidiale Züge meinte annehmen zu sollen.

An dieser Stelle muss ich eine Zwischenbemerkung machen. Ressortmäßig wurden Kirchenfragen in der Regierung der DDR vom Stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Nuschke und seiner Hauptabteilung "Verbindung zu den Kirchen" bearbeitet. In zugespitzten kirchenpolitischen Situationen (wie etwa 1950 und 1953) konnte es allerdings dazu kommen, dass Ministerpräsident Otto Grotewohl im Einvernehmen mit Otto Nuschke die Bischöfe zu klärenden Gesprächen einlud (im allgemeinen nur die evangelischen, lediglich 1950 zusammen mit den katholischen). Auch nach der Berufung eines Staatssekretärs für Kirchenfragen 1957 (wenige Monate vor dem Tod Otto Nuschkes) war es der Ministerpräsident selbst, der in entscheidenden Situationen das letzte Wort hatte - so 1958 im Zusammenhang mit dem Zustandekommen des sogenannten "Kommuniqués", das eine Art verschleierte Loyalitätserklärung war. Grotewohl hatte in kirchlichen Kreisen allein schon dank seines eleganten sprachlichen Gestus viel Sympathie, er konnte aber in Verhandlungen mit den Bischöfen härter auftreten, als diese es vermutet hätten. Ulbricht trat bis 1960 nach außen in kirchenpolitischen Fragen im engeren Sinne nicht in Erscheinung, auch wenn er manchmal an Bischofsgesprächen im größeren Kreis (laut Kommuniqués) zugegen war.

Offensichtlich sah Walter Ulbricht jetzt als Vorsitzender des Staatsrates die Chance, in einem Bereich, in dem er bisher alles andere als dominant hatte auftreten können (es sei denn in der Position des Repräsentanten der weltanschaulichen Dominanz des Marxismus-Leninismus einschließlich seiner atheistischen Komponente), das Heft in die Hand zu bekommen. Es musste dies zur Folge haben, in seiner neuen Eigenschaft - als Repräsentant der Gesamtbevölkerung der DDR - gewissermaßen einige Avancen in Richtung auf die christlichen Bürgerinnen und Bürger zu machen. Das geschah dann auch in der Programmatischen Erklärung des Staatsrates vom 4. Oktober 1960, in der es u. a. heißt: "Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus sind keine Gegensätze. Die alte Sehnsucht der christlichen Bevölkerung, die sich in der Botschaft 'Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen' äußert, kann ja ihre Erfüllung nur durch die Verwirklichung der hohen Ideen des Humanismus und Sozialismus finden."

Als auf diese Avance - die ja nicht von einem vordergründigen opportunen Akzent bestimmt war, sondern von einem prinzipiellen, den dominanten weltanschaulichen Bereich berührend - ein deutliches positives Echo aus den Kirchen ausblieb, kam es im Umfeld der CDU und ihres Ehrenmitglieds Prof. Emil Fuchs zu der Überlegung: Wenn die Kirchen nicht reagieren, sollten es die christlichen Bürgerinnen und Bürger. Emil Fuchs entwarf dann, zusammen mit einigen seiner engeren Freunde, auch aus der CDU, einen Brief an den Staatsratsvorsitzenden, den er der CDU mit der Bitte übergab, ihre ihm nicht gegebenen organisatorischen Möglichkeiten zu nutzen, um Unterschriften unter diesen Brief zu sammeln. Das geschah denn auch, und innerhalb einer relativ kurzen Zeit kamen mehr als 32 000 Unterschriften zusammen, von Theologen, Pfarrern und anderen kirchlichen Amtsträgern, Kirchenvorstandsmitgliedern, Gemeindemitgliedern und nicht zuletzt von bekannten christlichen Intellektuellen.

Der Bitte des alten religiösen Sozialisten Emil Fuchs, der durch seine politische und theologische Existenz wie durch das Schicksal seiner Familie prädestiniert war, als Sprecher einer solchen (heute würde man sagen: zivilgesellschaftlichen) Gruppierung aufzutreten, entsprach der Staatsratsvorsitzende: Er lud Emil Fuchs und einige andere Persönlichkeiten aus dem Kreis der Unterzeichner zu einer Begegnung am 9. Februar 1961 ein, um den Brief entgegenzunehmen und einige seiner Aspekte zu besprechen. Am 10. Februar 1961 waren die Frontseiten der DDR-Presse vom Abdruck des Protokolls bestimmt,

und dieser hatte ein starkes, auch internationales Echo. In der Folgezeit sprach man – jedenfalls in der Umgebung der CDU und in anderen christlichen Kreisen – ohne Jahresangabe vom "9. Februar" wie später in der gesamten Evangelischen Kirche vom "6. März" (nämlich 1978, dem Grundsatzgespräch Erich Honeckers mit der Leitung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR). Wenn ich mich recht erinnere, ist in der Ulbricht-Biographie von Podewin der "9. Februar" nicht erwähnt, und in dem kürzlich erschienenen Buch von Uwe-Jens Heuer über Marxismus und Glauben finden sich auch nur ein paar Zeilen und dazu noch eine falsche Jahresangabe (1963).

Einige Kernsätze des "9. Februar" galten in den sechziger Jahren als ein sozusagen neuer Ausweis für christliche Existenz in der DDR. Es handelt sich dabei um Zitate von Ulbricht: "Ein Christ, der seine humanistischen und sozialen Ideale ernst nimmt ..., sollte eigentlich gar nicht anders können, als sich mit dem Sozialismus zu vereinen. Und ich finde, wir sollten ihn immer und auf jeder staatlichen und gesellschaftlichen Ebene herzlich willkommen heißen und ihm mit Achtung und Freundschaft begegnen ..." "... ich bin froh, immer wieder feststellen zu können, daß auch beim Aufbau des Sozialismus überzeugte Christen nicht nur ihren Mann stehen, sondern vielfach eine ganz hervorragende und aktive Rolle spielen, die von uns geschätzt und anerkannt wird ..." "Ich komme ... im Zuge unserer praktischen und freundschaftlichen Zusammenarbeit immer mehr zu der Überzeugung, daß Sozialisten, Kommunisten und Christen – unbeschadet ihrer verschiedenen Weltanschauungen – bei der Gestaltung des Lebens und der Gesellschaft und der Sicherung des Friedens auf dieser Erde zusammengehören."

Diese Formulierungen haben gegenüber dem sehr pauschalen und dirigistischen Diktum vom 4. Oktober 1960 den Vorzug, dass sie eine Entscheidungssituation der Christen – so oder so – involvieren.

Auch neuerlich blieben die Kirchen in der DDR zurückhaltend. Es ging ihnen, statt sich auf die Substanz des Gesprächs zu orientieren und von dort aus ihre Wünsche bzw. Forderungen zu konkretisieren, mehr um die Frage, wer denn Emil Fuchs autorisiert habe, gewissermaßen als Sprecher von weiten Teilen der christlichen Bevölkerung in der DDR aufzutreten; manche sprachen sogar von Anmaßung, was ja einem bescheidenen und demütigen Christenmenschen wie Emil Fuchs überhaupt nicht gerecht würde.

Unabhängig davon, wie der Staatsratsvorsitzende dies aufgenommen hatte – schon ein paar Monate später konnte er in der komplizierten Situation nach dem "13. August" wiederum die kirchliche Karte ausspielen: Nur wenige Tage nach dem "13. August" wurde der Thüringer Landesbischof Moritz Mitzenheim 70 Jahre alt, und Ulbricht ließ es sich nicht nehmen, dem Jubilar den Vaterländischen Verdienstorden in Gold persönlich zu überreichen, was als ein Ausdruck von Normalität im zeitlichen Umfeld hektischer Ereignisse angesehen werden konnte und sollte.

Mitzenheim vertrat, um dies kurz einzuschieben, im Verhältnis von Staat und Kirche eine eigene, streng lutherische Position, das heißt es müsse nach Römer 13 dem Staat gegeben werden, was des Staates ist, und der Kirche, was der Kirche ist. Letzteres forderte der thüringische Landesbischof auch konsequent ein (mit der Bereitschaft zum Konflikt), und zumeist erreicht er, was er für die Kirche erreichen wollte. Mitzenheim verstand seine Kirche als Volkskirche und sich selber als Volksmann. Wenn er, was er regelmäßig tat, Gemeinden besuchte, selbst die kleinsten, suchte er auch den Bürgermeister und das älteste Gemeindeglied auf. Helmut Recknagel wird sich daher womöglich nicht gewundert haben, nach seinem Olympiasieg in Squaw Valley dieses Telegramm erhalten zu haben: Dem Thüringer Olympiasieger der Thüringer Landesbischof. Innerkirchliche Gegner haben Mitzenheim des Opportunismus bezichtigt. Ein solcher Vorwurf ging an einem Kirchenmann total vorbei, der der Rabies theologorum fern stand und dem es allein um die Gemeinde und um das Gemeinwohl ging.

Von hier aus ist auch der Charakter des sogenannten Wartburggesprächs zwischen Walter Ulbricht und Landesbischof Mitzenheim am 18. August 1964 zu verstehen. Sicher ging es in ihm auch um aktuelle Fragen der Friedenssicherung. Vor allem aber ist dieses Gespräch mit der Tatsache verbunden, dass Mitzenheim von Walter Ulbricht gewissermaßen autorisiert

wurde, der Öffentlichkeit mitzuteilen, dass die Regierung der DDR die dann immer so genannten Rentnerreisen in die Bundesrepublik gestatte. Mitzenheim hatte wie andere Kirchenführer wiederholt Wünsche in dieser Richtung geäußert. Wiederum unabhängig von den Motiven, die der Staatsratsvorsitzende für dieses Vorgehen gehabt hat – es musste neuerlich als eine Avance zugunsten der Kirche angesehen werden.

Analoges betrifft erst recht die 1964 gefällte Entscheidung über die Einrichtung von Baueinheiten in der NVA, die ja vor allem Wehrdienstverweigerern aus religiösen Gründen zugute kommen sollte und zugute kam. Hier war es insbesondere der dem Pazifismus in seiner klassischen Gestalt verbundene Emil Fuchs gewesen, der sich für eine wie auch immer geartete Lösung dieser Frage eingesetzt hatte.

Schließlich müsste noch auf einen mehr als anekdotisch aufschlussreichen Vorgang hingewiesen werden. Es muss im März 1965 gewesen sein, dass ich als damaliger Cheflektor des Union Verlags für die wissenschaftliche und politische Literatur zu Gerald Götting gerufen wurde. Dieser teilte mir mit, ich hätte "von diesem Augenblick an" alles andere zurückzustellen und mich allein der Aufgabe zu widmen, bis zum 8. Mai 1965, dem 20. Jahrestag der Befreiung, einen Band mit Texten von Bischof Friedrich-Wilhelm Krummacher aus seiner Zeit als Mitstreiter im Nationalkomitee "Freies Deutschland" zur Veröffentlichung zu bringen. Dies sei zwischen Walter Ulbricht (dem "Chef", wie Götting sagte), dem Bischof und ihm abgesprochen worden, und ich würde alsbald das Material von Krummacher bekommen – zusammen mit einem zum Nachdruck vorgesehenen Aufsatz für die "Zeichen der Zeit", die Zeitschrift für die kirchlichen Mitarbeiter. Druckgenehmigung, Papierzuteilung usw. – darum brauchte ich mich nicht zu kümmern, das werde bzw. sei alles geregelt. Ich hätte nur die Einhaltung des Termins zu gewährleisten. Durch einige Umdispositionen, die freilich die Verzögerung der Edition anderer Titel mit sich brachte, gelang dieses Abenteuer (das war es für einen Verlag außerhalb der ZENTRAG) tatsächlich. Mir war es natürlich überdies sehr angenehm, ein Buch des Lizenzträgers der in mancher Hinsicht konkurrierenden Evangelischen Verlagsanstalt herausbringen zu können, aber ein richtiger Erfolg wurde dieses Buch nicht. Es ging ihm ein allzu durchsichtiges Manöver voraus – ein Moment, auf das ich allerdings von vornherein aufmerksam gemacht hatte. Immerhin: Dass sich Walter Ulbricht an seine Begegnungen mit dem jetzigen, durch kritische Bemerkungen auffälligen Greifswalder Bischof in der Zeit des NKFD erinnerte und dass er diesen Erinnerungen irgendwie Raum gab, schien für ihn zu sprechen.

Eigentlich könnte überhaupt das Meiste, von dem ich berichtet habe, für Ulbricht sprechen, wenn nicht – wenn eben nicht immer wieder positiven Schritten zugunsten christlicher Bürgerinnen und Bürger solche sozusagen auf dem Fuß gefolgt wären, die eine neuerliche Verschärfung der kirchenpolitischen Situation oder vor allem eine Minderung der Existenzrechte der christlichen Bürgerinnen und Bürger mit sich gebracht hätten.

Es würde hier zu weit führen, ins jeweilige Detail zu gehen (was relativ leicht zu bewältigen wäre). Es genügt auf einen Komplex hinzuweisen, der sich gleichzeitig in mehrfacher Hinsicht als ein Dementi der eigentlich proklamierten Politik der DDR erweist und der von vielen mit Akten der Barbarei identifiziert wurde. Ich meine die Sprengung der Sophienkirche 1962 in Dresden und die der Garnisonkirche zu Potsdam und der Leipziger Universitätskirche St. Pauli 1968. Handelte es sich bei den beiden erstgenannten um Ruinen, die allerdings noch aufbaufähig erschienen, so bei St. Pauli in Leipzig um die tadellos erhaltene Kirche, in der Luther gepredigt hatte und in der neben anderen Professoren u. a. Gellert beigelegt war. Die Wirkung dieser Vorgänge war in kirchlichen Kreisen und weit über diese hinaus verheerend. Ulbrichts freundliche Akte gegenüber der christlichen Bevölkerung, die ich positivistisch referiert habe, gerieten in eine Klammer mit diesem Vorzeichen, und letztlich war es dieses (Vor)Zeichen, das sich auf immer mit Walter Ulbricht verband.

## **Zum neuen Gedenkstätten-Konzept der Bundesregierung**

### *Stellungnahme des Berliner Alternativen Geschichtsforums*

Der Bundesbeauftragte für Kultur und Medien (BKM) unterbreitete im Sommer 2007 – die "Gedenkstätten-Förderkonzeption" des Bundes von 1999 "fortschreibend" – der Öffentlichkeit im Entwurf ein neues Papier unter dem Titel "Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen". Unseres Erachtens verdient es eher den Titel "Geschichtsbild verordnen, Kalten Krieg verschärfen, Gräben vertiefen".

Wir erinnern: Schon 1998 appellierte der UNO-Wirtschafts- und Sozialrat an die Bundesregierung, "den Prozess der Integration zwischen Ost- und Westdeutschland auf allen Ebenen mit dem Ziel zu beschleunigen, die zwischen ihnen noch bestehende Kluft zu reduzieren". Zu diesem Ziel steht der BKM-Entwurf in eklatantem Gegensatz.

Das Dokument entspricht voll der Sichtweise der gegenwärtig in Deutschland tonangebenden Kreise: Gemäß der unseligen Totalitarismus-Doktrin werden Nazistaat und DDR, also Faschismus und Sozialismus "paralleliert". Schon diese Gleichsetzung, die Hannah Arendt übrigens entschieden ablehnte, verdeutlicht die Zweckbestimmung der neuen Konzeption.

- Wer das Bild der DDR so verzeichnet wie der BKM-Entwurf, will vergessen machen, dass Frieden und soziale Sicherheit ihre Grundanliegen waren – Ziele, von denen sich die politische und ökonomische Wirklichkeit in der Bundesrepublik immer weiter entfernt.
- Wer die DDR als Unrechtsstaat hinstellt, verharmlost die Verbrechen der Nazidiktatur; das bedeutet objektiv, neofaschistischen Tendenzen Vorschub zu leisten.
- Wer der DDR ihren antifaschistischen Charakter abspricht, will die tiefbraunen Flecken auf der Vergangenheit der Bundesrepublik vergessen machen.
- Wer den Sozialismus des 20. Jahrhunderts verteufelt, will Erwägungen über einen "Sozialismus im 21. Jahrhundert" von vornherein diskreditieren und verhindern.

Bezeichnend sind bereits die augenfälligen Disproportionen in dem BKM-Papier: Auf die Zeit des Faschismus und des antifaschistischen Widerstands werden knapp zwei Seiten verwendet, dagegen der Auseinandersetzung mit dem "Kommunismus in Deutschland" (wann je hat sich die DDR als "kommunistisch" bezeichnet?) 7 1/2 Seiten eingeräumt. Schon daran wird erkennbar, worauf die

öffentliche Aufmerksamkeit, die staatliche Förderung, die personelle Ausstattung und die finanziellen Mittel für Gedenkstätten orientiert werden sollen.

Wer mit der Sprachregelung von den "zwei Diktaturen auf deutschem Boden" geschichtsfälschend DDR und Naziregime in einem Atemzug nennt, negiert einen entscheidenden Beweggrund für Existenz und Politik der DDR, nämlich zu verwirklichen, was bei der Befreiung Deutschlands gelobt worden war: "Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!"

Damals wurde im Osten Deutschlands unter ungleich schwierigeren Bedingungen als im Westen ein Neuanfang unternommen: Miteinander verbündete Parteien und Organisationen entwickelten ein Konzept antifaschistisch-demokratischer Gesellschaftsgestaltung, die im sozialistischen Aufbauwerk der DDR mit Hilfe der Nationalen Front ihre Fortsetzung fand. Dieser Staat wurde dank der fleißigen, oft aufopfernden Arbeit seiner Bürger zu einem Land, in dem es sich gut leben und schaffen ließ. Diese Lebensleistung von Millionen kann und darf nicht entwertet werden, etwa indem das BKM-Gedenkpapier sie anstelle der "Bindungskräfte der DDR" auf ein "Angst-Anpassungssyndrom des Alltags" (Gauck) zurückführt.

Im Osten Deutschlands wurden Faschismus und Militarismus mit ihren sozialökonomischen Wurzeln beseitigt. Verfassung und Gesetze der DDR verboten jede faschistische Propaganda und Aktivität; dieses Verbot wurde konsequent durchgesetzt. Dank anhaltender Überzeugungsarbeit aller demokratischen Kräfte, der Staatsorgane, von Bildungs- und Kultureinrichtungen wurden Millionen zu Gegnern von Faschismus und Völkerhass; insbesondere Jugendlichen wurde Antifaschismus zu einer Herzensangelegenheit und blieb es bis heute.

Die alte Bundesrepublik dagegen tastete die Wurzeln des deutschen Faschismus nicht an. Sie schwieg jahrzehntelang über Grundlagen, Ursachen und Folgen der Naziherrschaft und des von Hitlerdeutschland verschuldeten Zweiten Weltkriegs. Sie verfolgte Nazi- und Kriegsverbrecher nur halbherzig oder gar nicht. In Wirtschaft und Verwaltung, in Justiz, Polizei und Militär, in Wissenschaft und Bildung blieben die alten Kräfte in Schlüsselpositionen. Das bereitete Boden für die Entwicklung des Neofaschismus, der heute fortwährend an Einfluss gewinnt und an Gefährlichkeit zunimmt.

Wer die DDR derart verunglimpft, wie das in dem BKM-Papier geschieht, will auch darüber hinwegtäuschen, dass der Osten Deutschlands lange Jahre hindurch – beginnend mit den drei Deutschen Volkskongressen – am Anliegen von Einheit und gerechtem Frieden festhielt, während es die Westmächte und die ausschlaggebenden politischen Kreise Westdeutschlands waren, die den Kalten Krieg schürten und – beginnend mit der separaten Währungsreform vor 60 Jahren – die deutsche Spaltung vorantrieben. Sie sind hauptverantwortlich für bedauerliche Entwicklungen, welche die deutsche Teilung zur Folge hatte; bei ihnen sollten Ursache und Wirkung nicht verwechselt und sie sollten auch nicht als

"innerdeutsche" Angelegenheit dargestellt werden. Es handelte sich um zwei souveräne Staaten mit gegensätzlicher Systemzugehörigkeit.

Zu fragen wäre: Wo bleibt in dem BKM-Entwurf das Gedenken

- an die Opfer des Kalten Krieges in der Alt-BRD und Berlin (West), also beispielsweise des KPD-Verbots, der Berufsverbote, der Urteile wegen Kontakten zu Einrichtungen in der DDR?
- an die Opfer der Kolonisierung Ostdeutschlands, etwa im Widerstand gegen die Enteignung von Volks- und Privateigentum, gegen die De-Industrialisierung und die Vernichtung großer Teile der Landwirtschaft, ganzer Wirtschaftszweige und weiter Bereiche des Wissenschaftspotentials, kultureller und Bildungsinstitutionen, gegen die Liquidierung sozialer Menschenrechte in der Folge von Massenarbeitslosigkeit, des Abbaus von Sozialleistungen, von Kinder- und Altersarmut?

Die DDR wird offenbar auch deshalb als "kommunistische Diktatur" dämonisiert, weil davon abgelenkt werden soll, dass "freiheitlich-demokratische Grundordnung" und "Sozialstaat" in der BRD immer weiter demontiert werden. Grundrechte werden radikal eingeschränkt, soziale Standards spürbar reduziert. Weltweite Militäreinsätze und anderweitige Einmischungen in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten sind entgegen dem Grundgesetz an der Tagesordnung.

Insgesamt bestätigt das BKM-Papier auf seine Weise, dass die antikommunistische Geschichtsklitterung der vergangenen Jahre bei vielen Neu-Bundesbürgern nicht den beabsichtigten Erfolg erzielt hat. Auch verstärkter ideologischer, personeller und finanzieller Aufwand kann frühere DDR-Bewohner nicht vergessen machen,

- dass ihnen ehemals soziale Sicherheit und Geborgenheit garantiert waren, während heute Angst um den Arbeitsplatz und vor dem Alter um sich greift,
- dass die Unterschiede in den Lebensverhältnissen zwischen Ost- und Westdeutschland eher zu- als abnehmen und dass andererseits viele soziale Probleme gesamtdeutschen Charakter angenommen haben,
- dass für die Folgen der Vereinnahmung des "Beitrittsgebiets" die Politiker in etablierten Parteien, Bundestag und Bundesregierung nicht zuletzt die Konzerne und Großbanken verantwortlich sind.

Jüngste Meinungsumfragen und aktuelle Wahlergebnisse lassen erkennen, dass auch im Westen Deutschlands ein realistischeres Bild von Vergangenheit und Gegenwart an Raum gewinnt. Das lässt einen angemesseneren Blick auf Prozesse und Personen der Zeitgeschichte erhoffen.

Wir halten es für dringend erforderlich, den BKM-Entwurf durch ein sachgerechtes Dokument zu ersetzen.

Prof. Dr. Gerhard Fischer

Dr. Hannelore Bernhardt

1. Sprecher

2. Sprecherin

Prof. Dr. Heinz Deutschland, Prof. Dr. Stefan Doernberg, Prof. Dr. Manfred Gerlach, Manfred Hegner, Gisela Karau, Herbert Kelle, Egon Krenz, Erhard Lonscher, Siegfried Lorenz, Dr. Hans Modrow, Prof. Dr. Harry Nick, Prof. Dr. Heinz Niemann, Dr. Klaus Panster, Prof. Dr. Siegfried Prokop, Dr. Anita Rausch, Eberhard Rehling, Dr. Hans Reichelt, Prof. Dr. Wolfgang Richter, Dr. Wolfgang Schwanitz

# **E i n l a d u n g**

## **Die DDR, die BRD und der Kampf gegen den Antisemitismus**

Zu diesem Thema findet am

**Sonnabend, dem 1. November 2008**

in Berlin unser 29. gemeinsames Kolloquium statt.

Wir laden herzlich zur Teilnahme ein.

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte  
der deutschen Arbeiterbewegung  
bei der Partei DIE LINKE

Geschichtskommission  
beim Parteivorstand  
der DKP

Das Kolloquium tagt von **10.30** bis 17.00 Uhr.

**Tagungsort:** Berlin-Mitte, Club Spittelkolonnaden, Leipziger Straße 47 (Eingang Jerusalemer Str.)  
(U-Bahnhof Spittelmarkt oder Hausvogteiplatz - U 2)

### **Vorträge:**

*Dr. sc. Robert Steigerwald* (Eschborn)

Ursachen und Erscheinungsformen des Antisemitismus in der BRD



*Prof. Dr. Detlef Joseph* (Berlin)

Vom angeblichen Antisemitismus in der DDR

*Prof. Dr. Heinz Karl* (Berlin)

Palästinafrage und "Nahost"-Konflikt in der Sicht der SED

Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung, für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574

# Einladung

In Berlin findet am

**Sonnabend, dem 6. September 2008**

eine **Konferenz** zum Thema

## **Die deutsche Novemberrevolution**

### **1918/19 und ihre Wirkungen**

statt.

Zu ihr laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von **10.30** bis 18.00 Uhr.

**Tagungsort:** Berlin-Friedrichshain, Krossener Str. 9/10 (am Boxhagener Platz)

Wahlkreisbüro von MdEP Sahra Wagenknecht

(S-Bhf. Warschauer Str. oder Ostkreuz; U-Bhf. Samariterstr./U 5;

Straßenbahnen: M 10/Haltestelle Warschauer Str./Grünberger Str.,

M 13/Haltestelle Wühlischstr./Gärtnerstr., 21/Haltestelle Wismarplatz; Bus

240/Haltestelle Boxhagener Platz)

#### **Vorträge:**

*Günter Judick* (Velbert)

Der Platz der Novemberrevolution 1918/19 in der deutschen Geschichte

*Prof. Dr. sc. Heinz Karl* (Berlin)

Die Geschichte der KPD im Spiegel gegenwärtiger Geschichtsschreibung

Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung,

für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574